Aus den Bezirken

Bonn.

Klassenjustiz.

Wie die herrschende Klasse jedes Aufkeimen des Proletariats gegen die bestehenden Zustände mit brutalen Methoden im Keime zu ersticken versucht und aus einer einfachen Prügelei Landfriedensbruch" macht, um „Exempel zu statuieren", darüber berichtet der „Bonner General-Anzeiger" folgenden Fall:

Landfriedensbruch.

„Eine sehr üble Sache haben sich da eine Reihe Arbeiter eingebrockt, die im vergangenen Frühjahr bei Kanalisationsarbeiten in Zülpich als Notstandsarbeiter beschäftigt waren. Unter der Anklage des Landfriedensbruch standen sie zu fünften vor dem hiesigen erweiterten Schöffengericht, das in mehr als dreistündiger Verhandlung ein klares Bild von den Vorfällen zu gewinnen suchte, die sich am 18. Mai in der Nähe des Bachtores, in dem sonst so ruhigen Städtchen Zülpich abgespielt haben.

Bei manchen der dort beschäftigten Arbeiter bestand zweifellos schon längere Zeit eine starke Abneigung gegen einen der Schachtmeister, der wohl nicht immer den rechten Ton gegenüber dem rheinischen Temperament der Arbeiter zu finden wußte. Dieser Schachtmeister glaubte, an einem Morgen von einem zu einer anderen ihm nicht unterstellten Kolonne gehörigen Arbeiter in beleidigender Weise angeredet worden zu sein und soll darauf mit Schlägen gedroht haben. In Wirklichkeit hatte jener Arbeiter seinen Zuruf an einen Arbeitskollegen gerichtet, ein Mißverständnis demnach, aber dieses hatte traurige Folgen. Der Arbeiter schickte zunächst den Obmann seiner Kolonne zu dem Schachtmeister, und in ankluger Weise erblickte der Obmann seine Aufgabe darin, dem Schachtmeister „ein Ultimatum zu stellen", nach dem der Meister sich bei jenem Arbeiter entschuldigen sollte. Dem „Ultimatum" wurde keine Folge geleistet und damit waren die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Anstatt zu schlichten, schürte der Obmann das Feuer; es stand fest, der Meister mußte „verhauen" werden. Der Obmann wies dem sich bedroht und beleidigt fühlenden Arbeiter einen Platz an, wo er nach der Mittagspause den Schachtmeister stellen sollte; er sorgte auch dafür, daß die nötige Zahl Helfer anwesend war, und gab den Arbeitern, die nach seiner Meinung dem Meister nicht übel gesinnt waren, den vorsorglichen Rat, sich abseits zu halten, damit sie nachher von nichts wüßten. In Befolgung dieses Kriegsplans ist jener Arbeiter dann mit dem Meister aneinandergeraten, 20 bis 30 Mann haben sich zusammengerottet, haben den Meister schlimm zugerichtet und schließlich in einen Graben geworfen. Damit schien die Ehre des Arbeiters gerettet; aber nun kam das dicke Ende in Gestalt einer Strafanzeige, die sich in der Verhandlung vor dem Strafrichter auswirkte. Scharf geißelte der Staatsanwalt die Gefährlichkeit solcher Zusammenrottungen, bei denen man nie das Ende und die Folgen voraussehen kann. Sämtlich fünf Angeklagte hielt er für überführt und des Landfriedensbruchs schuldig; drei von ihnen seien als „Mitläufer zu betrachten und gegen diese beantrage er die gesetzliche Mindeststrafe; je 3 Monate Gefängnis. Die beidern andern bezeichnete er als Rädelsführer, gegenüber dem Obmann lautete sein Antrag auf acht Monate Gefängnis und gegenüber dem andern Arbeiter, dem eigentlichen Urheber, der einschlägig vorbestraft ist, auf ein Jahr Zuchthaus. Aberkennung der Ehrenrechte und Stellung unter Polizeiaufsicht. (!)

Auch der Vorsitzende fand bei der Urteilsverkündung scharfe Worte für das Gefährliche und Rohe eines solch unverantwortlichen Beginnens. Besonders der Obmann, der Drahtzieher der ganzen Sache, mußte eine sehr deutliche Kritik an seiner merkwürdigen Auffassung über die Tätigkeit eines Obmanns anhören. Ihn und den Arbeiter, gegen den Zuchthausstrafe beantragt war, bezeichnete das Urteil als die Rädelsführer; beide erhielten eine Gefängnisstrafe von je acht Monaten. Zwei der übrigen Angeklagten wurden mit je drei Monaten Gefängnis bestraft und einer wurde freigesprochen."

Daß so ein bürgerliches Käseblatt wie der „General-Anzeiger" den Fall in einem solch ironischen Tone bringt, ist weiter nicht verwunderlich. Für uns ist nur das bedauerlich, daß das ganze Proletariat noch nicht zu der Einsicht gekommen ist, solche Methoden, wie sie die Proleten in Zülpich anwendeten, als Klasse gegen seine großen und kleinen Ausbeuter anzuwenden. Wie richtig die Proleten in diesem Fall handelten, zeigt am besten die Strenge des Urteils. Das Proletariat aber hat die Aufgabe, sich in den Betriebs-Organisationen eine Waffe zu schmieden, mit welcher es am besten sich seiner Ausbeuter entledigen und die Produktionsmittel in seinen Besitz nehmen kann.

Elberfeld

In einer der üblichen Beschimpfungsserien zwischen den beiden hiesigen „Arbeiterzeitungen" schließt das sozialdemokratische Blatt die Diskussion wie folgt:

„Sie (d. h. die „Freiheit", KPD.) bestreitet also nichts! Sie bestreitet nicht, daß die Austritte und Rausschmisse in der Elberfelder KPD. einen derartigen Umfang angenommen haben, daß man von einer „Partei" kaum noch sprechen kann. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder KPD. kaum noch 200 Mitglieder zählt, worunter sich noch viele befinden, die nur auf dem Papier stehen. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder Geschäftsstelle der „Freiheit" aufgelöst wurde, weil nur noch ein paar Dutzend Abonnenten vorhanden waren. Sie bestreitet nicht, daß sich die noch vorhandenen Restchen der KPD. untereinander in der witzesten Art bekämpfen und sich mit Messern, Schlagringen, Totschlägern und Rollkommandos die „richtige bolschewistische Linie" beizubringen suchen. Sie bestreitet nicht, daß die Elberfelder KPD. keine politische, sondern nur noch kriminelle Bedeutung hat."

Wenn man auch dem Noske-Reptil die Berechtigung absprechen muß für die Rolle des moralisch Entrüsteten, so trifft das oben Gesagte so zu, daß es keinem hiesigen Arbeiter mit offenem Blick ein Geheimnis ist. Auf die Ursachen braucht hier wohl nicht näher eingegangen werden; sie sind dieselben wie überall, wo die Moskauer Staatsbourgeoisie Filialen hat: ein verzerrter Abklatsch der inneren russischen „Politik". Wie überall hat es Moskau durch seine Stipendiaten fertig gebracht, den großen Kern revolutionärer Arbeiter auf eine Anzahl sich gegenseitig verpfeifender und beschmutzender kleiner Gruppen von Radauhelden zu reduzieren.

Aus der Internationale

Oesterreich

Vor Schober auf dem Bauch.

Wien, den 9. September.

Nach den Zusammenstößen zwischen Schutzbund und Heimwehr in St. Lorenzen, über die wir in der „KAZ." berichtet haben, erließ der Polizeipräsident und Kosakenhetman Schober eine Aeußerung, wonach die Staatsgewalt nur durch wildrige Zufälle in diesem Fall versagt hätte, im übrigen aber stark genug sei, um jeden Putschversuch, von welcher Seite immer, im Keime zu ersticken. Diese rein phrasenhafte Auslassung, die natürlich nicht das geringste daran ändert, daß Schober und Faschismus eins und dasselbe sind, wurde von der man völlig pervers gewordenen Sozialdemokratie mit Tränen der Rührung und der Begeisterung aufgenommen. Die Staatsgewalt, die Putsche verhindert, der heilige, schöne, brave Staat, der über den Klassen steht, warf sich augenblicklich auf ihren Fettbauch vor Schober, seinem Streiter. Eigentlich waren sie ja immer gute Freunde, Schober und die Sozis: als er im Jahre 1919 gehen wollte, baten sie ihn mit aufgehobenen Händen, zu bleiben, da er der beste Beamte der Republik wäre. Er blieb und rettete ihnen am 15. Juni 1919 durch die Salven in der Hörlgasse die Diktatur über das Proletariat. Auch in den späteren Jahren ersetzte er ihnen treu und bieder den Zörgiebel, ließ sich für sie einen Blutbund schimpfen, verteidigte wacker das „rote Wien" gegen die Arbeitslosen wie gegen die Julikämpfer. Trotzdem bestand zwischen ihm und der SP. seit dem 15. Juli, wo er ihr zu forsch vorging, eine Art Schmollverhältnis. Seitz, der „Landeshauptmann", der eigentlich der Vorgesetzte Schobers sein sollte, war mit seinem Polizeipräsidenten böse, nicht einmal der formelle amtliche Verkehr bestand, wie man jetzt erfährt. Wie also sollten nun die Fäden wieder angeknüpft werden? Der linkssozialdemokratische „Abend" ließ den wackeren Schober zuerst hochleben, der es den Heimwehren schon zeigen wird, die halbsozialdemokratische „Stunde" brachte die Bilder von Seitz und Schober mit einem Versöhnungsartikel, und seither kriecht die Partei offiziell vor Schober auf dem Bauch, schenkt ihm die Straßenpolizei, um die ein Streit ging, und das alles in der morbhimistischen Vorstellung, daß Polizei und Heimwehr, die **gemeinsame Waffenlager** haben, nun einander bekämpfen werden, um die SP. aus dem Feuer zu ziehen!

In dem „Kampf", der bis jetzt nur von einer Seite geführt wird, ist als neues Schlagwort die „Verfassungsreform" aufgetaucht. Der Bundespräsident soll das Recht haben, die Minister ein- und das Parlament nach Bedarf abzusetzen; eine Reform, durch die Seipel, der dann selbst Bundespräsident werden möchte, sich zum Diktator machen will. Auch nach dieser Verfassungsreform schmapft die Sozialdemokratie gierig, da sie hofft, in den Faschismus hineingelassen zu werden, wenn sie sich brav verhält und beim Uebergang zweckentsprechend mittut. Renner, Mitarbeiter fast sämtlicher kapitalistischer Blätter Oesterreichs, erklärt selbst die Verfassung als reformbedürftig; gibt Tips und macht Stimmung. Aus der Nähe besehen ist der Faschismus gar nichts so Arges, man wird auch dann „Arbeitervertreter" brauchen, man muß es nur verstehen, sich rechtzeitig den „geänderten Verhältnissen anzupassen", wie Renner sagt. — Warum unterstützt die Bourgeoisie, die mit einer sochen Sozialdemokratie ausgerüstet ist, überhaupt den Faschismus? Wozu braucht sie ihn? Erstens zur Niederhaltung des Proletariats selbst, wenn es seinen Führern eines Tages ausbrechen sollte, zweitens wegen ausländischen Krediten und Kapitalanlagen, die heute fast nur mehr faschistischen Ländern zufließen, drittens, weil ihr die Sozialdemokratie zu pazifistisch ist und sie ohne Erweckung des Nationalismus das Proletariat im nächsten Krieg nicht mitbekommt. Die Rothschilds und Siegharts, die Finanz und der Industriellenverband wissen, wofür sie ihre Milliarden hergeben, sie kennen das Ziel und sie werden es erreichen, wenn das Proletariat nicht zum bewaffneten Aufstand schreitet. Die Sozialdemokratie wird es nicht retten, sie rettet ihre Posten und verkriecht sich hinter Schober.

Frankreich

Eine neue kommunistische Zeitung.

In Frankreich hat die Gruppe kommunistischer Arbeiter ein eigenes Organ, den „L'Ouvriee Communiste", gegründet, dessen erste Nummer jetzt erschienen ist. In einem Artikel ist die antiparlamentarische Einstellung der Organisation klargelegt und zwar unter Zugrundelegung der Thesen, welche Bordiga ausgearbeitet hat. Außerdem sind die Thesen selbst veröffentlicht. Die antiparlamentarische Einstellung ist durchaus prinzipiell und keineswegs taktisch begründet. Es ist durchaus lohnend, den Artikel oder die Thesen in einer Uebersetzung zu bringen. Der ideologische Anschluß an Gorter und Pannekoek wird stark betont und der Gegensatz zum Leninismus scharf herausgearbeitet. Trotzdem wird eine kritische Stellungnahme unserer Organisation durchaus notwendig sein. Es bedeutet aber schon einen ungeheuren Fortschritt, daß sich auch in Frankreich revolutionäre Arbeiter gefunden haben, die den Bruch mit dem Leninismus vollzogen und sich weitgehend der Auffassung der KAPD. genähert haben. Wir begrüßen daher ganz besonders das neue Bruderorgan.

Bücher-Ecke

Empfehlenswerte neue Bücher:

Rudolf Franz: „Freidenkergeschichten aus der Weltliteratur". 312 Seiten, geb. 4,50 Mk.

Kläber, Becher u. a.: „Der Krieg". 144 Seiten, Halbl. 2,50 Mk., Leinen 3,20 Mk.

Hans Ostwald, „Das Zillebuch". 441 Seiten, kart. 3,75 Mk., Leinen 4,80 Mk.

Ogniew: „Kostia Riabzew auf der Universität". 272 Seiten, kart. 4,50 Mk., Leinen 5.—Mk.

Alfred Polgar: „Hinterland". 273 Seiten, Leinen 8.— Mk.

Sawinkow: „Erinnerungen eines Terroristen". 219 Seiten, Leinen 4,80 Mk.

Radionow-Tarasow: „Februar". 272 Seiten, brosch. 6.— Mk., Leinen 9.— Mk.

Bielch. „Die Renublik der Strolche". 500 Seiten, kart. 4,50 Mk., Leinen 6.— Mk.

Heinrich Brandt. „Trommelfeuer". 202 Seiten, kart 2,80 Mk., Halbl. 4.— Mk.

Henry Barbusse. „Das Feuer". 490 Seiten, Leinen 7,50 Mk.

Lehmann-Rossbüldt. „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie". 82 Seiten, kart. 1.— Mk.

Sinclair Lewis, „Der Mann, der den Präsidenten kannte". 221 Seiten, kart. 5.— Mk., Leinen 8.— Mk.

Jack London. „Die Herrin des großen Hauses". 310 Seiten. kart. 3.— Mk., Leinen 4,80 Mk.

Emil Ludwig. „Juli 1914". 242 Seiten, kart. 3,80 Mk.

Ivan Olbracht. „Anna, der Roman einer Arbeiterin", 352 Seiten, kart. 3,50 Mk., Leinen 5.— Mk.

Friedrich Pollock. „Die planwirtschaftlichen Versuche der Sowjetunion", 409 S., brosch. 13,50 Mk., Leinen 15.— Mk.

Dr. Wilh. Reich. „Sexualerregung und Sexualbefriedigung", 68 Seiten, brosch. 0,70 Mk.

Upton Sinclair. „Boston". 798 Seiten, kart. 4,80 Mk., Leinen 7.— Mk.

Wollenberg. „Als Rotgardist vor München". 159 Seiten, brosch. 2.— Mk., Halbl. 2,50 Mk.

Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36
Lausitzer Platz 13.

Gebundene Jahrgänge der „KAZ."

Vorrätig ab 1924. Jeder Jahrgang 12.— Mark. Jahrgang 1928 9.— Mark. Genossen unserer Bewegung erhalten bedeutende Preisermäßigung.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Chronik

Nach der Arbeitslosenversicherung die Krankenversicherung. Als das Schwerkapital sah, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften seinem Angriff auf die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt nachgaben, machte es auch gleich einen Vorstoß gegen die Krankenversicherung. Und flugs setzte sich Herr Wissell hin und entwirft einen Entwurf zur „Reform" der Reichsversicherungsordnung! Noch im Laufe des September wird er fertig sein. Zu Beginn des Winters soll er an den Reichstag gehen. — Merkt ihr noch nichts, Proletarier?

Fette Pfründen in Genf. Für die Richter des dem Völkerbund angegliederten „Internationalen Gerichtshof" wurden die Gehälter für Richter auf **76 000 Mk.** jährlich festgesetzt. Der Gerichtspräsident bekommt **100 000 Mk.** jährlich. Jedes Land stellt einen Richter, der meistens wohl ein „bewährter" Parlamentarier sein wird. Deutschland liefert wahrscheinlich einen Sozialdemokraten. Es lohnt sich wirklich — die parlamentarisch-republikschützerische Einstellung, denn jedes Land hat noch einige fette Pfründen in Genf.

Der organisierte Mord in Gastonia (Nordkarolina) macht Fortschritte. Es wurden abermals Wortführer der streikenden Textilarbeiter verhaftet, denen man, wie auch den schon länger Verhafteten, den Prozeß nach dem System Sacco und Vanzetti zu machen gedenkt. Eine Bande von dunklen Existenzen, vom Kapital extra zu Ueberfällen gekauft, überfiel auf der Landstraße Streikende und erschoß eine Frau, eine Mutter von vier kleinen Kindern. Polizei und Gerichte stehen eindeutig als gekaufte Schergen auf der Seite der Unternehmer.

Amerikanische Polizisten als Alkoholverkäufer. Das amerikanische Bundesprohibitionsamt gibt bekannt, daß 62 Mitglieder der Polizei in Los Angeles, darunter ein Hauptmann, sich zusammengetan haben, um von den Alkoholschmugglern einen Tribut zu erpressen. Im letzte Woche verhafteten Schmuggler gab 24 Polizisten an, die die von ihnen beschlagnahmten alkoholischen Getränke weiter verkauften, statt sie zu vernichten.

Was Wohltätigkeit einbringt. Durch die sozialdemokratische Presse macht folgende Notiz die Runde: Ein Wohltäter. Der in Hove in England verstorbene Zigarettenfabrikant und Philantrop Bernhard Baron hat, die testamentarischen Verfügungen nicht einzeschlossen, während der letzten 10 Jahre etwa 40 Millionen Mark für wohltätige Zwecke gestiftet. Baron stand der Arbeiterpartei nahe. Er war russischer Abkunft und bezann sein Leben als Tabakarbeiter in Amerika. — Wenn es solchen Leuten nicht so glückte, oder wenn sie der Arbeiterpartei nicht nahe standen, nannte sie diese Presse gemeinhin ostjüdische Schmorrer. — Die „Wohltätigkeit" ernährt nicht nur ihren Mann, sie scheffelt auch noch Millionen für die Nachkommen.

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivolvi, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Ortsgruppe München.

KAP., RBO. u. KAI. Zusammenkünfte: Alle Freitage, 7.30 Uhr im „Schillerhof", Schillerstr. 123. Vorträge, Gruppenabende, Zahlabende. Die „KAZ." liegt dort aus.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.

Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Nowawes.

Funktionärsitzung jeden Freitag, 20 Uhr, Lokal Dachs-Höhle, Plantagenstraße 1.

Groß-Berlin

Versammlungskalender Groß-Berlin.

3. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstraße 24.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Straße 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittags 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstraße 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstraße 7.

21. Bezirk.

Jeden 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Otto Gebauer, Nowawes, Wallstraße.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker bittet uns, mitzuteilen, daß am **Sonntag, den 22. September,** vorm 10 Uhr, ihre **Weihestunde in der Volksbühne** stattfindet, mit Musik, Männergesang, Weiherede, Rezitation und Sprechchor. Eintritt 1,— Mk., Erwerbslose und Kinder 0,40 Mk.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name:

Ort:

Straße:

10. Jahrg. Nr. 39 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu bestehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7862.

Berlin, September 1929.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. inkl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,10 und monatlich 0,86 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Kampf um die Macht in Oesterreich

Der Klassenkampf in Oesterreich nimmt immer schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist zur stärksten Offensive übergegangen. Ueberall bereitet sie den Angriff der faschistischen Horden gegen die Arbeiterschaft vor. Für den 29. September ist der Staatsstreich angesetzt. Es geht um das Ganze. Das österreichische Kapital muß wegen der Erhaltung seiner eigenen Existenz den Durchbruch wagen. Vorläufig hofft es noch, daß die österreichische Sozialdemokratie der Auseinandersetzung ausweichen und ihr kampflos die Macht überlassen wird. Sollte dies nicht der Fall sein, so wird es offen zum Bürgerkrieg übergehen.

Der österreichische Faschismus ist nicht mit der deutschen faschistischen Bewegung zu vergleichen, die nur vom deutschen Kapital als Gegenspieler eingesetzt wird, um die Herrschaft des Sozialfaschismus zu sichern. Das österreichische Kapital braucht nicht die Sozialdemokratie zur Aufrechterhaltung seiner Macht, weil es endgültig aufgehört hat, ein Industriestaat zu sein. Es will die Rückkehr zur Agrarwirtschaft als einzige Möglichkeit für eine weitere Fristung seiner Existenz. Das österreichische Kapital kann sich auf die Dauer wegen seines Kapitalmangels und der geringen Aussicht auf eine genügende Kapitalsakkumulation nicht den Luxus der Erhaltung einer konkurrenzfähigen Industrie leisten. Eine Exportmöglichkeit ist trotz der außerordentlich niedrigen Löhne nicht gegeben, weil die es umgebenden Industrieländer Deutschland und Tschechoslowakei mit ihrem riesigen nach den modernsten Rationalisierungsmethoden aufgebauten Industrieapparat und den erheblichen Vorteilen, die eine fast zeitlos durchgeführte Konzentration des Kapitals bietet, auf allen Gebieten zu unterbieten in der Lage sind. Besonders kritisch ist die Situation geworden, als das deutsche Kapital nach dem Zusammenbruch der Konjunktur des Jahres 1924 zu einer rücksichtslosen Exportsteigerung mit dem schärfsten Dumping überging. Der Binnenmarkt zeigte geringe Aufnahmefähigkeit. Die Bauernschaft boykottierte die Industriezeugnisse. Neue Absatzmärkte konnten wegen der übermächtigen ausländischen Konkurrenz nicht erschlossen werden. Die industrielle Reservearmee stieg. Der Industrieapparat zeigte sich immer mehr als eine starke Belastung. Die Versuche, größere Anleihen im Ausland zwecks Ausbaus der Industrie anzunehmen, scheiterten vollkommen, so daß das österreichische Kapital auf sich selbst angewiesen war. Wenn es noch weiter eine Rolle als Industriewirtschaft führen will, muß es vor allen Dingen für Absatzmöglichkeiten sorgen. Deshalb wurde wieder der Gedanke an einen Anschluß an bestehende Mächtegruppierungen aktuell. Es hatte nur Zweck und war möglich, wenn eine leistungsfähige Industrie in die Wagschale geworfen werden konnte. Die Form, in der dieses Ziel verwirklicht werden mußte, hing von der Wahl des Anschlußpartners ab. Ein Zusammenschluß mit dem deutschen Kapital kam aus zwei Gründen nicht in Frage. Einmal stand ihm das Verbot der Entente entgegen, das nicht zu durchbrechen war. Dann wies die deutsche Wirtschaft von allen tonangebenden Mächten den höchsten Entwechslungstand auf. Die österreichische Industrie hätte nach kurzer Zeit wegen ihrer Konkurrenzunfähigkeit die Betriebe schließen müssen oder wäre von dem übermächtigen deutschen Kapital aufgesaugt worden, zumal ja auf Grund des Zusammenschlusses die Löhne der österreichischen Arbeiter den deutschen Löhnen hätten angepaßt werden müssen. Deshalb hatte das österr. Kapital schon lange diese Pläne der ersten Nachkriegszeit aufgegeben. Lediglich die SPOe. machte Propaganda für den Anschluß, weil sie daraus gewerkschaftliche Erfolge erwartete. Die deutsche Sozialdemokratie hatte gegen diesen Machtzuwachs nichts einzuwenden. Sie hoffte auf diese Weise eine Stärkung ihrer Machtposition gegenüber dem deutschen Kapital zu erzielen. Das deutsche Kapital hat keine besondere Veranlassung, sich für den Anschluß einzusetzen, da für es keine wirtschaftlichen Vorteile, eher noch eine Belastung herauskommen.

Aus diesen Gründen suchte das österreichische Kapital mit den sog. Nachfolgestaaten außer Ungarn und mit Italien Verbindung, zumal, da sie auch in ihrer industriellen Struktur mehr dem österreichischen Stand entsprachen. Sie basierten auch sämtlich auf niedrigen Arbeitslöhnen. Ihre Herrschaftsmethode ist bis auf die Tschechei der nackte Faschismus. Diese Methode ist den zurückgebliebenen Industriestaaten gemeinsam, da nur durch die brutalste Unterdrückung der notwendige Ausgleich zur Herbeiführung der Konkurrenzfähigkeit erreicht werden kann. Die Wirtschaftsdemokratie und ihr Ausdruck, der Sozialfaschismus, ist wegen des geringen Profitspielraums gegenüber der mächtigen Kapitalskonkurrenz nicht möglich, weil sie zu kostspielig ist. Sie ist auch nicht notwendig, weil die Mitarbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach dem Stand und Verlauf des Wirtschaftsprozesses nicht erforderlich ist. Im Gegenteil, der Reformismus mit seiner Taktik der kleinen Erfolge wirkt nur illusionär. Selbst diese kleine Illusion ist gegenüber der rauhen Wirklichkeit nicht tragbar, weil die mit dem industriellen Rückgang verbundene Entfernung von dem Weltstandard immer größer wird und die Verkürzung der Reallöhne immer stärker sein muß. Da hilft nur die äußerste Diktatur.

In diesem Stadium befindet sich die österreichische Wirtschaft. Der Pakt mit der Sozialdemokratie ist endgültig zerrissen. Die Nebeneinander gibt es nicht mehr, für ein Gegeneinander. Das österreichische Kapital sucht keinen Kompromiß. Es hat genug vom Fortwursteln und es kann auch den Kampf nicht mehr verzögern, weil jeder Tag kostbar ist. Die Sozialdemokratie ist in sich ge-

Kampf dem Wahlrummel

Die bürgerlichen, sozialdemokratischen und „kommunistischen" Zeitungen haben bereits wieder den Schwanz an jeder Notiz, an jedem Artikel hängen: Wählt am 17. November so und so, und dann seit ihr raus aus dem Dreck. Die ganze „Politik" steht bereits wieder unter dem Druck der „Wahlen", und wenn es auch nur Kommunalwahlen sind.

Zweifellos ein vorzügliches Mittel, die Massen wieder und immer wieder abzulenken von den Fragen, die für sie ihr Schicksal, ihre Zukunft entscheiden. Das Wahltheater mit seinen Karnevalsmätzchen, die parlamentarischen Seelenfänger, die sich in Wahlversammlungen erbitterte „Kämpfe" liefern, sollen vortäuschen, daß durch den parlamentarischen Humbug die Kapitalsoffensive gebrochen, der Hunger der Arbeiterklasse gebannt, die täglich unerträglicher werdende Ausbeutung irgendwie gemildert werden könnte.

Die alte Gaunerin mit dem Rekord im Massenbetrug, die Sozialdemokratie, zählt jeden Tag langweilig auf, wie viel Blumentöpfe mehr „errungen", wieviel Badeanstalten mehr gebaut, wieviel nette Häuser und Häuschen entstanden sind zu Nutz und Frommen des Proletariats, und daß man für eine starke Fraktion dieser roten Heinzelmännchen sorgen müsse, damit das große Werk nicht ins Stocken gerät.

In der Tat: Es gibt keine Wohnungsnot mehr! Es gibt Neubauwohnungen mit allem Komfort, ohne „Wohnungsberechtigungsschein", je nach Bedarf. Nur — die Hunderttausende, die keine Wohnung haben, haben kein Geld, sie zu bezahlen. Die roten Heinzelmännchen kochen eben auch mit kapitalistischem Wasser. Der Profit ist die Seele vom Geschäft, auch hier, daran wollen und können die Bonzen der Parteien nichts ändern. Zum Bauen gehört Kapital, und Kapital flieht, wenn die Zinsen nicht blühen. Die Proleten mit ihren lächerlich geringen „Löhnen" oder ihrer „Unterstützung" können sich die Errungenschaften der sozialdemokratischen Schwätzer von draußen ansehen, oder in den illustrierten Zeitschriften, und dann in ihre Wanzenbuden pilgern, mit dem erhabenen Gefühl, daß es doch vorwärts geht für die. — die Geld haben, vor allen Dingen für die Angestellten dieser Demokratie.

Die KPD. ist viel „radikaler". Sie verlangt wieder einmal die „Beschlagnahme" der Bürgerwohnungen, und die Einquartierung der Arbeiter in diese Wohnungen. Dann eine „ausreichende" Unterstützung der Erwerbslosen. Die Unterstützung streikender und gemaßregelter Arbeiter durch die Kommune. Ueberführung der städtischen Betriebe in kommunale Regie unter Leitung der gewählten Vertreter der Arbeiterschaft usw.

Hier haben wir das famose Programm, wie man ohne Revolution aus dem Dilemma kommt. Mit dem Stimmzettel geht das alles. Wenn man erst die „städtischen Betriebe" unter „kommunale Leitung gestellt" hat, ist man schon auf dem halben Wege nach Rom. Dann kann man doch auch die übrige Industrie unter die „Leitung der Vertreter der Arbeiterschaft stellen". Alle Not wird behoben mit Hilfe des Stimmzettels. Die Erwerbslosen quartieren sich in die Villen der Kapitalisten ein. Für „ausreichende Unterstützung" wird gesorgt, oder für „ausreichende Arbeitsbeschaffung" und „ausreichende Löhne" durch die Kommune. Wir nehmen nicht an, daß die Löhne von den „Arbeitervertretern" niedriger festgesetzt werden, als die ihren selbst. Hei, wird das ein Leben werden! Wählt KPD.!

Wir wissen sehr wohl, daß das alles „nicht so gemeint" ist. Daß man mit diesen Forderungen die Massen nur „zum Kampf" bringen will. Wir verfolgen schon zehn Jahre diese Korkenzieherpolitik mit dem Erfolg, daß die verwirrten Massen den Betrug nie ahnen und daraus die Lehre ziehen, daß die KPD. nur eine recht jämmerliche Konkurrenz der Noskepartei ist. Auf diese Weise wird den vorwärtsdrängenden Arbeitern der einzige Ausweg verrammelt, die Erkenntnis immer wieder von neuem verdunkelt, daß mit diesem parlamentarischen Froschmäusekrieg nur die Kraft des Proletariats verzettelt wird. Daß es in dieser Ordnung keinen Ausweg gibt, daß der einzige Ausweg der Kampf für die Beseitigung dieser Ordnung ist.

Ein Beispiel dafür ist gerade der Blumentopfsozialismus in Oesterreich. Die österreichische Sozialdemokratie hat es zweifellos verstanden, mit der Utopie des „konstruktiven Sozialismus" die Massen der Arbeiter jahrelang auch noch nach dem Kriege zu ködern, sie von einem wirklichen Kampf abzuhalten. Die Bourgeoisie konnte sich eine tatkräftigere Hilfe gar nicht wünschen. Sie sammelte ihre Kräfte, um dem österreichischen Proletariat im Juli 1927 die erste Schlacht zu liefern, es blutig niederzukartätschen, nachdem es durch die Sozialdemokratie erst entwaffnet wurde. Nachdem organisierte die Bourgeoisie vor aller Augen ihre bewaffneten Banden, um selbst den Plunder von Demokratie — diese lächerliche Attrappe, nur für die Täuschung der Arbeitermassen berechnet, — zu zerschlagen. In jedem kritischen Augenblick stand die Sozialdemokratie an der Seite des Klassenfeindes. Nun, wo es auf Biegen oder Brechen geht, ist die Sozialdemokratie natürlich bereit, ihren Blumentopfsozialismus dranzugeben, um des „Friedens" willen. Weiter will die Bourgeoisie auch gar nichts. Sie will das Proletariat in aller Ruhe ausbeuten bis aufs Blut, um es dann wie eine ausgequetschte Zitrone beiseite zu werfen.

Das Proletariat verzögert nur die Sammlung der eigenen Kräfte, wenn es immer und immer wieder den hoffnungslosen Versuch macht, mit kapitalistisch parlamentarischen Mitteln an einer Ordnung herumzupfuschen, die hoffnungslos festgefahren ist. Die Verwaltungen in den Städten sind nur Teile der gesamten kapitalistischen Ausbeuterorganisation. Sie können losgelöst nichts beginnen, können sich den Gesetzen dieser Ordnung des Profits nicht entziehen. Die Massen der Erwerbslosen spüren das momentan deutlich genug. Ihre „Fürsorge" wird entschieden in den Dunkelkammern des Reichstages durch die Macht der Trust- und Monopolgewaltigen, die immer bereit sind, diese Demokratie in den Orkus zu stoßen, wenn sie als Schamfetzen raffiniertester Arbeiterschinderei ihren Zweck nicht mehr erfüllt. Und Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind immer wieder zu neuem „Kompromiß" bereit, um „Volk und Wirtschaft" vor „Erschütterungen" zu bewahren. Sie brauchen zu ihrer Existenz diese Demokratie und ihre Affentänze wie der Frosch den Sumpf.

Das Proletariat jedoch hat keine Veranlassung, sich immer von neuem selbst zu täuschen. Es muß diesem Wahlrummel wie allen parlamentarischen Manövern seine Klassenpolitik entgegenstellen, deren Leitmotiv sein muß, das Proletariat für die Aktion von unten auf zu sammeln zum Angriff auf die kapitalistische Ordnung und ihre Zertrümmerung. Nur durch den Sturz der kapitalistischen Klasse wird der Weg frei zum Aufbau einer Gesellschaftsordnung, in der die Massen nicht mehr durch das profithungrige Kapital genordet werden, sondern in der diejenigen die Früchte der Arbeit verzehren können, die diese Arbeit leisten.

B2

spalten. Sie ist keine Arbeiterpartei, sondern stark ver- und gebunden an den verarmten Mittelstand. Es ist dies nur Folge seiner Unterhaltspolitik.

Nach der Beendigung des Krieges hat die SPOe. ihr besonderes Interesse der Wohnungszwangswirtschaft zugewendet. Die Mieten hat sie geradezu exorbitant billig gehalten. Es wurde die Summe bezahlt, die dem Umwandlungskurs von Krone in Schilling entsprach, so daß eine 4-Zimmerwohnung, die in Friedenszeiten 1300 Kronen kostete, mit 8 Schilling, d. i. 5,— Mk. monatlich, bezahlt wurde. Dazu kamen Renovierungen, so daß im Höchstfalle 12 Mk. pro Monat als Miete entrichtet wurden. Untervermietung war ohne Genehmigung des Hauswirts gestattet, so daß jede größere Wohnung infolge der weiter bestehenden Knappheit ein erhebliches arbeitsloses Einkommen ergab. Der alte Mittelstand sträubte sich daher mit aller Macht gegen eine Neuregelung der Mieten und unterstützte die SPOe. in ihrer Politik, weil sie die einzige Partei war, die für die Beibehaltung der niedrigen Mieten eintrat. Alle an niedriger Miete interessierten Schichten wurden zu strammen Austromarxisten. Das Industriekapital, das anfangs gegen die niedrigen Mieten nichts einzuwenden hatte, änderte bald mit der sinkenden Kaufkraft der Arbeiterschaft und am zurückgehenden Export seinen Standpunkt. Es suchte eine Stärkung des Hausbesitzes, besonders unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Möglichkeit von Realkrediten zu erreichen. Allmählich gelang es ihm, eine starke Einheitsfront der kapitalistischen Klasse zu schaffen, deren erstes Ziel die Durchbrechung des Mieterschutzes war.

Die österreichische Sozialdemokratie hat sich im Juni dieses Jahres zu weitgehenden Verschlechterungen unter dem Druck des Heimwehraufmarsches bereit erklärt. Nach diesem ersten Erfolg wurden vom Kapital grundlegende Verfassungsänderungen verlangt, durch die auch rein parlamentarisch eine Sicherheit für die Durchführung der Diktatur geschaffen werden sollte. Vor allen Dingen lag ihm besonders an der Endpolitisierung des Heeres. Den Soldaten sollte das Wahlrecht genommen werden, damit sie von jeder politischen Agitation abgeschnitten und restlos dem Offiziercorps ausgeliefert würden. Die Machtbefugnisse des Bundespräsidenten sollten erweitert und des Nationalrats eingeschränkt werden. Neben dem Nationalrat wurde als zweite Kammer ähnlich dem deutschen Reichswirtschaftsrat eine ständige Vertretung verlangt. Außerdem waren noch verschiedene Wahlverschlechterungen vorgesehen. Alle Vorschläge waren auf die Durchführung einer schroffen Diktatur der Bourgeoisie zugeschnitten. Trotzdem erklärte die Sozialdemokratie sich mit verschiedenen Verfassungsänderungen einverstanden, um die Krise parlamentarisch zu bewältigen und zu verhindern, daß die Massen in Bewegung kommen, weil sie insbesonders fürchtete, daß dann der Gegensatz in der eigenen Partei zwischen dem Mittelstand und der Arbeiterschaft zum Ausdruck kommen würde.

Der Mittelstand hat kein Interesse an einer Verschärfung der Klassengegensätze, weil bei einem Kampf zwischen Arbeit und Kapital der Mittelstand fürchten müßte, daß die ihm durch den Mieterschutz gewährten Verdienstmöglichkeiten ausfallen und das ihm heilige Privateigentum in Gefahr kommen würde. Deshalb sucht die SPOe. auch krampfhaft nach einem Vergleich. Sie bietet auf der einen Seite den Faschisten verschiedene „Verbesserungen" an, auf der anderen Seite sucht sie den Wiener Polizeipräsidenten Schober, den Julischlächter, wieder für sich zu gewinnen, um so die bewaffnete Macht der Stadt Wien gegen die Heimwehr einsetzen zu können. Sie will auf diese Weise vermeiden, die Arbeiterschaft zu bewaffnen. Es ist dasselbe Spiel, das sich in Deutschland und Preußen in der Nachkriegszeit so oft wiederholt hat. Der Gewinner bei dieser Taktik des dauernd vertagten Kampfes ist das Kapital, dem ohne einen Handschlag fortwährend mühsam erkämpfte Rechte der Arbeiterschaft ausgeliefert werden.

Die österreichische Entwicklung geht unaufhaltsam zur faschistischen Diktatur, wenn sich die österreichische Arbeiterschaft nicht entschließt zum offenen Kampf überzugehen. Die SPOe. wird alles versuchen, um eine Auseinandersetzung zu verhindern. Ihre Kapitulation vor dem Klassenfeind ist bereits vollzogen. Die KPOe. ist einmal viel zu klein und innerlich zerrissen, um eine aktive Rolle spielen zu können. Dann hat sie auch gar nicht den Willen, eine revolutionäre Bewegung zu organisieren. Wenn die Arbeiterschaft nicht selber ihr Los in die Hand nimmt, dürfte der Sieg des Faschismus restlos sein. Es sind einige Anzeichen für eine verstärkte Aktivität der Arbeiterschaft vorhanden. Hoffentlich lassen sie sich auch ausbauen. Das deutsche Proletariat darf diesem Kampf nicht untätig zuschauen und muß seinerseits Solidaritätsmaßnahmen vorbereiten, durch die eine Unterstützung des deutschen Kapitals gegen das österreichische Proletariat unterbunden wird. Es muß damit gerechnet werden, daß sich der Kampf auch über die österreichischen Grenzen ausdehnt. Deshalb ist höchste Alarmbereitschaft geboten.

Politische Rundschau

Die Reaktion in Oesterreich

Die österreichische Regierung ist, nachdem unser heutiger Leitartikel schon im Satz stand, am 25. September zurückgetreten. Bundeskanzler Streeruwitz schlug als seinen Nachfolger den Wiener Polizeipräsidenten Schober vor. Schober ist bekannt durch die Niedermetzelung der Wiener Arbeiter am 15. Juli 1927. Die Regierung Streeruwitz hatte sich nach außen hin, wenn auch nur sehr unverbindlich, für den Schutz der Verfassung ausgesprochen. Jetzt ist die Bahn frei für eine Verfassung, wie sie der österreichische Faschismus wünscht, denn Schober ist der Mann der österreichischen Heimwehren, nach deutschen Begriffen der Hakenkreuzler und Stahlhelmer, die er, wie ihm selbst der frühere Bundeskanzler Seipel nachwies, mit Waffen versorgte. Vorher, am 24. September, beschäftigte sich der Ministerrat noch in einer Sitzung mit der Verfassungsänderung. Es „lag vor" ein sog. Anti-Terrorgesetz, d. h. ein Gesetz zum Schutze der Streikbrecher und sonstigen gelben Gesindels. Ferner beschäftigte sich der Ministerrat in dieser Sitzung noch mit der in der Bevölkerung herrschenden finanziellen Beunruhigung, die sich in Valutakäufen äußerte! Das und der Abgang der Regierung selbst ist die Folge der Kopflosigkeit und Nachgiebigkeit gegenüber den faschistischen Räuberbanden.

Wir hoffen, in nächster Nummer einen Bericht unserer österreichischen Genossen, auch über die Vorgänge vom Sonntag, den 29. September, bringen zu können.

Der Verrat an den Arbeitslosen

Sozialdemokratie und Gewerkschaften stimmen dem Abbau-Ausschuß zu.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften haben, um mit dem „Vorwärts" (Nr. 443) zu sprechen, einen „beharrlichen und geschlossenen Widerstand in wochenlangem zähem Ringen gegen alle weitergehenden Gesetzesänderungen und Abbaupläne geleistet". In der Tat haben wir die sozialdemokratische und die Gewerkschaftspresse seit sehr langer Zeit nicht mehr so aktiv gesehen, wie in den letzten Wochen gegen den Abbau-, genannt Sachverständigenausschuß (zur Beseitigung der Arbeitslosenversicherung). Es wurde wohl nicht so massiv geschimpft wie gegen die Dynamitarden, dafür aber war der „Widerstand" „beharrlicher" und „zäher". Wie oft haben wir da von „Konsequenzen" gelesen, worunter der Simpel den Austritt aus der Regierung verstehen sollte. Nicht daß uns das verdächtig vorgekommen wäre. An diesen Herrschaften ist nichts Verdächtiges mehr. Auch wenn sie über ihr Schaftsfell den Wolfspelz hängen, sind sie sehr eindeutig, trotz aller radikaler Phrasen. Immerhin müssen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ihre Arbeiternachläufer sehr genau kennen, wenn sie mitten in ihrer „Kampfstellung" sich so plötzlich demaskieren. Der „Vorwärts" vom 21. September bringt nämlich folgenden einstimmigen Beschluß der SPD.-Reichstagsfraktion:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sieht in den sachlichen Erhebungen und Feststellungen des Sachverständigenausschusses für Arbeitslosenversicherung eine Bestätigung ihrer wiederholt bekundeten Auffassung, wonach die Beseitigung der nachweisbar bestehenden Mißbräuche und eine befristete Beitragserhöhung in Verbindung mit einer sozialen Neuregelung der Saisonarbeiterunterstützung die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung ermöglichen, ohne daß eine allgemeine, sozialpolitisch unerträgliche (?!) Verschlechterung der Versicherungsleistungen vorgenommen wird. Sie stimmt deshalb den Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags soweit zu, als sie diesen Rahmen einer Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes nicht überschreiten."

Die Verdoppelung und Verdreifachung der Wartezeit, die Herabsetzung der Unterstützung auf weniger als die Hälfte trotz Beitragserhöhung für die Mehrzahl der alljährlich arbeitslos werdenden Arbeiter, die Ausschaltung Hunderttausender von Jugendlichen, der Unterstützungsabbau aller Lediger unter 45 Jahren, die Verlängerung der Sperrfrist (für durch Streik oder freiwillige Arbeitsniederlegung arbeitslos Gewordene) auf 13 Wochen, der vollkommene Entzug der Unterstützung bei „hartnäckiger Arbeitsverweigerung", das alles ist für die 1000-Mark-Monatslöhner keine „unerträgliche Verschlechterung".

Ein Kommentar hierzu würde nur abschwächen. Arbeiter, die das schlucken, denen ist für die nächsten zwei Jahre nicht zu helfen. Denn so lange dürfte es dauern, bis eine voll ausgewachsene Gehirnverkleisterung sich durch den normalen Stoffwechsel wieder verflüchtigt. Nur auf einen Punkt sei hier noch hingewiesen: „Hartnäckige Arbeitsverweigerung" ist es, wenn Arbeiter Arbeit zu Schundlöhnen oder Streikbrucharbeit ablehnen, wie sie auf den Nachweisen jetzt arbeitslosen Rohrlegern und Helfern angeboten wird. — Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Dreiviertelabbau der letzten Revolutionserrungenschaft im Laufe der nächsten Zeit doch recht viele Arbeiter zum Nachdenken zwingen wird.

Die Butterjungfer von Zerbst

Im „kommunistischen" Bordell.

Die „Rote Fahne" besteht seit Wochen zur Hälfte aus Ueberschriften, bis zu zweifingerdicken Balken, die eine immer radikaler als die andere. Es sind dort nämlich die „Linken" ans Ruder gekommen. Wie sehr dort aber die Theorie mit der Praxis auf dem Kriegspfad steht, d. h. wie die radikale Phrase dazu dient, um Korruption zu verdecken, dafür ist Beweis u. a. auch ein 100 Zeilen starkes, d. h. ein über die ganze Seite laufendes, etwa 33 Zeilen hohes Feuilleton in der Nummer vom Sonntag, den 22. September, „Die Butterjungfer von Zerbst", von E. K."

Ein im Mittelalter spielendes Ereignis, ein Kampf der Bauern gegen habgierige, regierende Raubritter, als dessen Wahrzeichen die Stadt Zerbst bis in die heutigen Tage ein Denkmal pflegt, eben das der Butterjungfer, muß dazu herhalten, den Arbeitern in „künstlerischer" Form weis zu machen, daß eine gewisse „wohlfeile und wohlschmeckende" Margarine des holländischen Margarinetrusts „eine willkommene Ersparnismöglichkeit" bietet und daß „im Nährwert zwischen teurer Auslandsbutter und wohlfeiler Kunstbutter kein Unterschied besteht". Das in gewöhnlicher Zeitungsschrift (wie diese unsere Notiz) gebrachte Feuilleton ist mit 3 geschichtlichen Bildern geziert, um seine Wirkung zu erhöhen.

Die Arbeiter, die den kapitalistischen Geschäftssinn der Presse-Industriellen unterschätzen, nehmen natürlich an, daß die Redaktion ihnen ein durch sie erprobtes gutes und billiges Produkt empfiehlt und lassen sich dadurch zum Kaufe bewegen, auch wenn ihr gesunder Instinkt sie bisher davon abhielt. Die Schreibe ist aber vom holländischen Margarinetrust geliefert und bezahlt. Um ein paar Hundertmarkscheine tischt hier die „linke kommunistische" Redaktion den Arbeitern eine Lüge auf, prellt sie um ihre sauer verdienten Groschen und vergiftet ihrer Körper mit der Wagenschmiere, ganz zu schweigen von der geistigen Vergiftung durch solche Mache, die man ja von allen Inseratenplantagen gewöhnt ist.

Margarine ist minderwertiges Ersatzprodukt, im Verhältnis selbst zu dem überteuerten Butterpreis ist sie um mehrere 100 Prozent zu teuer. Die Rohstoffe sind die der Seife. Nährwert besitzt Margarine überhaupt nicht. Die Werte der Butter, Nährsalze, Vitamine, Eiweiß, Milchzucker, Kasein usw. fehlen ihr vollständig. Sie enthält nur zweifelhaftes Fett. Zudem ist der holländische Margarinetrust die übelste und verrufenste Knochenmühle der Gegenwart. Er hat seit seinem zweijährigen Bestehen viele hunderte Millionen Mark eigene Profite aus Arbeiterknochen in Neuanlagen investiert und daneben noch horrende Dividenden verteilt. Daß an dem üblen Zeug, genannt Margarine, so gut wie alles Verdienst ist, dafür spricht wohl die Tatsache, daß der holländische Margarinetrust soeben den größten Seifenkonzern der Welt, den englischen Sunlicht,Seifenkonzern, aufgekauft hat.

Das alles spielt für den Geschäftskommunismus der KPD. keine Rolle. Für Geld hilft er den Margarinemillionären die Arbeiter ausplündern. Was die Ausbeuter aus eigener Kraft nicht fertig bringen, hilft ihnen die feile Journaille durch geistige Vergiftung. Geld stinkt nicht. Im gewöhnlichen Leben nennt man sowas Prostitution.

Der Lohntarif im mitteldeutschen Braunkohlenrevier gekündigt. Es kommen 80 000 Arbeiter in Frage, für die eine Erhöhung von 1 Mk. pro Schicht verlangt wird. — Die Gewerkschaften geben damit dem Drängen der Arbeiter nach und werden sie schon rechtzeitig durch lokalisierte Reibereien zermürben, um die Profite nicht zu gefährden.

Eine Explosion auf Zeche de Wendel tötete 10 Arbeiter und verletzte 30 schwer. Mit dem Ableben mehrerer Schwerverletzter ist noch zu rechnen. Auf der Zeche war schon kürzlich ein großes Unglück. — Es gibt ja Arbeitslose genug.

Kulturtag in Düsseldorf

Freidenkerproletarier als Sturmböcke für die KPD.

Die Arbeitsgemeinschaft proletarischer Freidenker hatte am Sonntag, den 15. September zu einem Kulturtag nach Düsseldorf aufgerufen. Es mögen wohl 20—25 000 Proletarier (die KPD.-Zeitung macht 40 000 daraus) aus Rheinland und Westfalen zusammen gekommen sein. Viele wirkliche Freidenker, die für ihre Idee demonstrieren wollten. Doch der größte Prozentsatz waren herbeigeholte Mannen der KPD. Und man muß es ihr schon lassen, wenn es heißt unter Pauken und Schalmeien zu demonstrieren, dann kann sie vermöge ihres Apparates, ihrer bezahlten Lakeien usw. eine nette Zahl Menschen auf die Beine bringen. Allerdings nur zum Demonstrieren. Die Tätigkeit in den Betrieben sieht seitens dieser Rrrevolutionäre in Wirklichkeit anders aus. Die KPD. hatte dann auch alles herangeholt, was eben zu holen war. Es sollte ein Aufmarsch der KPD. werden. Aber sie hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht, der in diesem Falle die Polizei war. Wochenlang vorher hatte die KPD. in ihrer hiesigen Zeitung („Freiheit") buchstäblich die Polizei herausgefordert und somit dieser faschistischen Horde die Handhabe zum Verbot gegeben. Allerdings nur zum Verbot des „antifaschistischen Schutzbundes", der nach Ansicht der Polizei Ersatz für „Rot Front" sein soll. Revolutionäre Arbeiter wissen nur zu gut, daß dieser neue Verein genau so zahm ist wie „Rot Front". Daß diese genannte Zeitung dennoch unter allen möglichen Schlagzeilen weiterhetzte, versteht sich am Rande, denn Klappern gehört mit zum Handwerk. Und es ist wirklich ein Bedürfnis, ja eine Lebensnotwendigkeit für die KPD. In dem allgemeinen Wirrwarr von Parolen, und damit die Mitglieder der KPD. den großen Sumpf und Korruption in ihrer Partei nicht merken und letzten Endes davon laufen, muß man schon etwas Klimbim veranstalten. Aber mag die KPD. noch soviel Tamtam nach außen hin schlagen, der Zersetzungsprozeß in derselben ist nicht mehr aufzuhalten. Ihre erbärmliche Konfusionspolitik bringt eben immer wieder neue „soz. Opposition" heraus. Und so kam es denn bei diesem Umzuge, wie vorauszusehen war. Wenn auch der zentrümliche Polizeipräsident es wahrscheinlich auf die Störung dieser Demonstration abgesehen hatte, in Wirklichkeit galt es doch nur dem verbotenen „antifaschistischen" Verein der KPD. An einer Ecke z. B., wo 3—4 Straßen zusammenlaufen, hatten sich absichtlich zu diesem Zwecke 50—60 Schupo mit Karabiner und Schnellfeuergewehren postiert. Alle schön gestellt: dort zehn, an der Ecke zehn usw., so richtig zum Abfangen. Und als ein Trupp Demonstranten in schwarzen Hemden vorbeimarschieren wollte, gabs ein Zeichen — und schon saßen diese Schwarzhemden auf dem bereitgestellten Auto der Polizei. Doch nach einigen Minuten ließ man diese wieder laufen, wahrscheinlich hatte man sich „geirrt". Aber der Zweck war erreicht: Durcheinander! Dann befolgte die Schupo eine andere Taktik. Transparente politischen Inhalts wurden beschlagnahmt und man schnappte sich die Proleten einzeln heraus. Was eben etwas von Abzeichen oder antifaschistischen Verein ähnelnd trug, wurde geschnappt und aufgeladen. So schaffte man zirka 80—100 Proleten fort. Das gab natürlich bei diesem alle 2—3 Minuten sich wiederholenden Eingriff kolossale Störungen. Die Pfuirufe seitens der Demonstranten setzten ein, die Trommler schlugen kräftiger auf ihre Felle, die Musikkapellen spielten immer lauter. Demonstrierende und Zuschauer wurden immer erregter, und alles lief durcheinander. Der Gummiknüppel sauste, mit Karabinern trieb man die Proleten hin und her: die Situation wurde immer kritischer. Doch bald herrschte wieder Ruhe, die Schlacht war geschlagen. „Einer für alle, alle für einen!" Doch jeder ging seinen Gang weiter. Wahrscheinlich hatte die Polizei vergessen, ihre Avant-Provokateure zu bestellen, denn ein unvernünftiger Schuß an dieser Stelle und wahrlich, der Kulturtag hätte Massen von Proletarierleben gefordert . . . Die revolutionäre Arbeiterschaft hat absolut gar keinen Grund, für die verhetzte Polizei eine Lanze zu brechen, sie weiß ganz genau, jeder, der in diesem Rock steckt, ist ein Verräter am Proletariat, einerlei, ob mit oder ohne Gummiknüppel oder Karabiner, ob er seinen Gummiknüppel schwingt oder mit schönen Worten den Verkehr regelt. Er ist und bleibt Scherge des Kapitals, trotz kommunistischer Zellen. Das Proletariat wird sich schon zu rächen wissen. Gebrandmarkt kann aber nicht genug werden die verräterische Politik der KPD., die jede, auch die kleinste Bewegung für ihre Moskauer Ziele ausnützen will, die immer und immer wieder die Proletarier vor die Gummiknüppel und Gewehre der aufgehetzten Soldateska treibt. Diesen politischen Eunuchen kann man nicht genug auf die Finger klopfen. Natürlich bleiben die Drahtzieher stets weit vom Schuß, um dann nachher den Unschuldigen zu markieren und noch von Erfolg zu faseln. Die „Freigeistige Gemeinschaft der Freidenker" unter pazifistischer sozialdemokratischer Führung stehende Bewegung zeigt dann auch in einem Flugblatt der KPD. den „richtigen Weg". Nachdem diese des langen und breiten auseinanderlegt, was sie ist, was sie tut und alles getan hat, kommt sie am Schluß zu folgendem, für die KPD. vernichtendem Urteil:

„Darum lehnt die Freigeistige Gemeinschaft den geplanten „Massenaufmarsch" am 15. September ab und empfiehlt der KPD., weil sie ja die revolutionärste Organisation sein will, ihre „Massen" geschlossen nach der Mühlenstraße zum Amtsgericht zu führen, um dort ihren Kirchenaustritt zu vollziehen und am nächsten Tage ihre Kinder, die sich in den konfessionellen Schulen befinden, aus diesen herauszuholen und geschlossen den weltlichen Schulen zuzuführen. Dieses wäre eine Tat, die mehr Wert hätte, als der geplante „Massenaufmarsch" auf den Straßen.

Der einzige und praktische Kampf gegen die Reaktion ist und bleibt nicht Massenmarsch auf den Straßen, sondern Massenmarsch nach den Amtsgerichten, um dort den Austritt aus den Landeskirchen zu vollziehen, nicht Belassung der Kinder in den konfessionellen Schulen, sondern heraus mit denselben und hinein in die weltlichen Schulen."

Mit diesem letzten Absatz trifft die „Freigeistige Gemeinschaft" den Nagel auf den Kopf. Allerdings hat diese Gesellschaft am allerwenigsten das Recht dazu. Man soll doch nicht mit Steinen werfen, wenn man selbst im Glashause sitzt. Diese braven Spießbürger sollen mal erst bei sich reinen Tisch machen und ihre sozialdemokratischen 40—50 Minister und Abgeordnete auffordern, obigem Beispiel zu folgen und aus der Kirche austreten. Erinnert sei bei dieser Gelegenheit nur daran, wie bei einem Prozeß in Magdeburg zwei sozialdemokratische Minister, u. a. ein Herr Severing, vor Gericht den konfessionellen Eid leisteten und gleich hinterher ein Deutschnationaler den konfessionslosen. Aber Bauer, das ist etwas anderes. Davon verstehen gewöhnliche Proleten ja nichts. Pfui Deubel! Welch Gesindel! Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker wird es sich für die Zukunft überlegen müssen, ob sie sich noch länger von der KPD. mißbrauchen läßt, ob sie noch weiter der Tummelplatz für Politik russischer Observanz sein will. Das sind aber die natürlichen Folgen, die stets eine Bewegung zeitigt, wenn sie aus dem allgemeinen Rahmen der Klassenkampfbewegung herausgerissen und dann unter „politischer Neutralität" aufgezogen wird. Solange die Bourgeoisie die politische und wirtschaftliche Macht hat, hat sie auch selbstverständlich die Macht über Staat, Kirche, Presse usw. und kann deshalb der Arbeiterklasse auch ihre bürgerliche Kultur aufoktroyieren.

Die Freidenkerbewegung kann somit in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im allerhöchsten Falle nur aufklärenden Charakter haben. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse kann sich jedoch nicht nur allein gegen einen Teil der kapitalistischen Macht richten. Den Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse erkennen und dann nur Freidenker sein und in diesem Rahmen kämpfen, um dann „neutral" zu bleiben, ist müßige Kräftevergeudung. Die subjektiven Grundlagen für die proletarische Revolution schaffen, ist Hauptaufgabe der revolutionären Arbeiterklasse. Erst nach Eroberung der politisch-wirtschaftlichen Macht kann die Arbeiterklasse unter der Diktatur des Proletariats, getragen von den revolutionären Räten, daran gehen, ihre eigene wirklich proletarische Kultur zu fördern und aufzubauen.

Also doch die Reichswehr!

Und Herr Hundsfott-General Gröner?

Als vor 3 Wochen die „Rote Fahne" die Reichswehr mit den Bombenattentaten in Zusammenhang brachte, erließ der Reichswehrminister Gröner prompt diesen Ukas:

„Die „Rote Fahne" und das 8-Uhr-Abendblatt" haben die Reichswehr verdächtigt, im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen in Lüneburg zu stehen. Diese Beschuldigungen sind völlig aus der Luft gegriffen und unerhörte Behauptungen. Der Reichswehrminister hat heute vormittag sowohl gegen die „Rote Fahne" als auch gegen das „8-Uhr-Abendblatt" Strafantrag gestellt."

Ob das mit dem Strafantrag stimmt, ist heute noch nicht sehr gewiß. Sehr gewiß aber ist ein reger persönlicher, telephonischer und brieflicher Verkehr zwischen hohen und höchsten Reichswehr-„kreisen" und Putschisten.

Die „Rote Fahne" hat inzwischen eine ganze Anzahl Briefe, teils in photographischer Wiedergabe veröfentlicht, die einwandfrei und unwiederstritten beweisen, daß Reichswehr-Offiziere nicht nur mit den Dynamitbündlern einen regen Verkehr unterhielten, sondern auch von den Putsch- und Diktaturplänen der Völkischen wußten. Das scheint im Reichswehrministerium, wie überhaupt in der für dieses verantwortlichen Regierung Hermann Müller-Hilferding-Wissel-Severing so eingeschlagen zu haben, daß den Herren — na, sagen wir: das Orientierungsvermögen für die Personalregister des Reichswehrministeriums verloren gegangen ist. Die „Rote Fahne" veröffentlicht zum Beispiel einen Brief eines Major Tiedemann (hinter dem sich ein Leutnant Jeschke verbarg) an den Bombenwerfer Weschke, in dem er um eine Unterredung nachsucht. Der Herr Major gibt seine dienstliche Telephonnummer (Infanterie-Regiment 6 Lübeck 26 055/56) und auch die seiner Privatwohnung ((Lübeck 21 783) an.

Herr Gröner „dementiert":

„Einen aktiven Major Tiedemann gibt es im Reichsheer nicht. Ein Offizier ähnlichen Namens, Oberstleutnant v. Tiedemann, gehört dem Infanterie-Regiment 9 (Potsdam) an und war vorher Bataillonskommandant im Infanterieregiment 17 (Göttingen). Ein in einem Mittagsblatt genannter Major Tiedemann, der früher Bataillonskommandant in Potsdam war und der als Zivilangestellter in Lübeck erklärt haben soll, daß er weder den Oberleutnant Weschke kenne, noch einen Brief an ihn geschrieben habe, ist im Reichswehrministerium auch nicht bekannt.

Das Mittagsblatt, auf das sich Herr Gröner beruft, bringt aber in derselben Nummer, gleich etwas weiter unten eine Erklärung des — Major Tiedemann in Lübeck!! Das Pech des Reichswehrministers ist wahrscheinlich seine Halbheit, nämlich daß er seine Personalliste nur bis zu dem Buchstaben „S" las und den Artikel des Mittagsblattes nur bis zu der Zeile vor der Erklärung seines Majors Tiedemann in Lübeck. Und der will Minister sein? würde würde man zu des alten Fritzen Zeit gesagt haben. Heute sagt man aber, daß der „Zusammenhang gewisser Reichswehrkreise mit den Bombenlegern" Herrn Gröner so stutzig machte.

Daß der Herr Tiedemann nicht aktiver Major, sondern ein Major auf Privatdienstvertrag in der Reichswehr ist, scheint nur die Bestätigung für die Tatsache zu sein, daß die Vertrauensmänner der Völkischen auch in der Reichswehr Unterschlupf haben, soweit sie (wegen der Beschränkung durch den Versailler Vertrag) aktiv nicht unterkamen. Solche Tiedemänner muß die Reichswehr keine zu knappe Anzahl haben, weil doch die Völkischen für den Abbau der Arbeitslosenversicherung sind (um die Mittel zur Besoldung ihrer Funktionäre in der Reichswehr frei zu machen), obwohl sie doch stark unter den Arbeitslosen fischen.

Solche Kleinigkeiten, deren es einen ganzen Schwarm gibt, sind aber nur das zierende Glacis zur Umrahmung des Pfuhls, um dessen Inhalt unsichtbar zu machen. In ihrer Nummer vom 18. September bringt die „Rote Fahne" auch einen Brief des Landbundputschisten Frhrn. von Gaza an den Reichswehrgeneral Frhrn. von Hammerstein-Equord (der Chef des Truppenamts der Reichswehr und Gröners rechte Hand ist) zum Abdruck und im photographischen Faksimile, der beweist, daß die Fäden der Bombenleger und Fememörder zum mindesten bis ganz in die Nähe des Reichswehrministers laufen. Wir bringen hier einige Stellen dieses Briefes:

„Wilhelm von Gaza — Rittergut Möser, Bez. Magdeburg, 26. 4. 1929.

Lieber Herr von Hammerstein!

Leider bin ich lange nicht nach Berlin gekommen. Auch konnte ich Sie im Herbst nicht zur Jagd bei mir sehen, da ich aus Mangel an Wild keine Jagd geben konnte. Ich hätte Sie eigentlich schon längst einmal wieder gesprochen. Aber da ich doch in nächster Zeit nicht nach Berlin komme, so will ich lieber schreiben. Denn ich habe eine gewisse Unruhe in mir, daß **bald wichtige Dinge eintreten können. Ich habe das Gefühl**, daß die

Leitung der Reichswehr nun schon recht bald vor sehr schwerwiegende Entscheidungen gestellt sein wird.

Vielleicht könnten da meine Gedanken Ihnen wertvoll sein.

Sie werden sich erinnern, daß ich Ihnen mehrmals sagte: Nur die Reichswehr ist der wirkliche Machtfaktor im Reiche, dessen Inhaber uns einmal Gesundung bringen kann. Alles andere ist Quatsch, das nichts Gescheites bringen wird. Schon einmal war das Schicksal Deutschlands in die Hand der Reichswehr gelegt, **als der Reichspräsident Ebert dem General v. Seeckt die Diktatur antrug.** Er hat sie damals verweigert. Ob das richtig war oder falsch, wissen die Götter; es ist müßig, darüber Betrachtungen anzustellen. Wenn heute aber der Reichspräsident einem General der Reichswehr die Diktatur antragen sollte, so darf diese keineswegs wieder ausgeschlagen werden, ja

die Reichswehr muß alles tun, um sobald, als die Gelegenheit sich ergibt, den Reichspräsidenten zu veranlassen, die Diktatur einem General zu übertragen.

Der sehr lange Brief fordert dann den General auf, die Verfassung zu stürzen und die Diktatur zu übernehmen. — Am 21. September bringt die „Rote Fahne" einen Brief des Verteidigers der Fememörder im Stettiner Prozeß, des Rechtsanwalts Dr. Grimm, an denselben Hammerstein:

„Der Standpunkt von Schulz ist der: Ich habe von der Reichswehr keinen Mordbefehl bekommen und auch keinen weitergegeben. Aber das ist nur (!) die juristische Betrachtungsweise. Neben der juristischen Betrachtungs **gibt es eine politische und eine moralische.** Aus dieser furchtbaren Situation kann mit Erlaubnis nur eine Tat uns befreien:

Eine große energische Tat des Herrn Reichswehrministers.

Der Herr Reichswehrminister muß jetzt im Reichskabinett erzwingen, daß zum 11. 8. 29 eine allgemeine Amnestie erlassen wird. Die Gelegenheit ist auch günstig, nachdem **Herr von Gerard Justizminister** geworden ist und Dr. Wirth in die Rechsregierung eingetreten ist. **Gerade Herr Dr. Wirth hat für diese Dinge großes Verständnis.**

Es besteht aber auch folgende ganz große Gefahr: —

Die Leute wie **Klapproth, Fahlbusch** usw., die wirklich aus nationaler Leidenschaft gehandelt haben, haben auf die Dauer kein Verständnis für diese feine Unterscheidung zwischen juristischer und politischer Verantwortung. Sie sagen sich: Weshalb soll ich den Kopf hinhalten, denn ich durfte doch mit Recht erwarten, daß ich von oben gedeckt würde, und es ist zu befürchten, daß im Laufe der Jahre sie immer mehr zermürbt werden und erkennen, daß ihr Interesse ist, zu sagen:

„Ich habe auf Befehl gehandelt. . . — Die Stunde ist sehr ernst. Es ist keine Zeit zu verlieren.

Es muß gehandelt werden."

Und was sagt Herr Gröner zu seinem Hammerstein? Das:

„. . . Es ist weder im Fall Jeschke, noch im Fall des Generals von Hammerstein **nach den Feststellungen des Reichswehrministeriums** der geringste Beweis **dafür erbracht, daß** irgendeine Verbindung der Reichswehr mit den Urhebern der Bombenattentate bestanden hat. Das Reichswehrministerium lehnt es im übrigen künftig ab, **auf sogenannte Enthüllungen** der Roten Fahne einzugehen, **wenn sich diese auf gestohlene Privatbriefe beziehen . . ."**

Nach dieser Ausrede zu urteilen, findet Herr Gröner es ganz in der Ordnung, wenn seine Offiziere in ihrem Privatleben und ihren „Privatbriefen" die Republik bekämpfen und auf den Sturz des Staates hinarbeiten. Daß die Briefe der Roten Fahne diese von Herrn Gröner übergeben wurden, hat ja auch wohl niemand angenommen. Darauf aber kommt es auch nicht an. Wichtig ist, daß die Briefe Herrn Hammerstein nicht veranlaßten, Herrn v. Gaza verhaften zu lassen, daß sie Herrn Gröner nicht veranlassen, Herrn Hammerstein verhaften zu lassen, daß sie die sozialdemokratischen Minister nicht veranlaßten, Herrn Gröner verhaften zu lassen. Gegen Arbeiter haben diese Herren Arbeiterführer einen anderen Maßstab.

Das ist die Reichswehr, die die Sozialdemokratie nun seit Jahren demokratisiert. Daß hier einwandfreie Verbrechen seitens des höchsten Offiziers der Reichswehr gegen die Republik begangen wurden, das ist auch die Ansicht anderer Leute, denn

der sozialdemokratische Polizeipräsident von Magdeburg hat gegen v. Gaza Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

Allerdings wird sich sehr bald erweisen, daß dies nur ein Wahlbluff ist, um der KPD. die Stimmzettelkämpfer abzujagen, da die KPD. durch diesen sozialdemokratisch-faschistischen Korruptionsskandal bedeutend Wind in ihre Wahlsegel bekommen hat. Und auch die KPD. macht nicht ihr Kriegsgeschrei in ihrer Lügenfahne um die Arbeiter auf die Bahn des Klassenkampfes zu lenken, sondern um sie vom Klassenkampf abzulenken. Denn in allen den Nummern der RF. der letzten Wochen, in denen sie tagtäglich unter zweifingerdingen Balkenüberschriften in homöopathischen Dosen den Reichswehrfaschismus verzapft, fordert sie die Arbeiter gleichzeitig auch auf, ja um Gotteswillen für die freigelben Streikbruchgewerkschaften zu werben. Und letzten Endes ist das Ganze nur ein Wahlmanöver für die KPD. Die gefährlichste Waffe, die die Rote Fahne ins Feld zu führen hat, ist, „gebt ihnen am 17. November die Antwort".

Es will uns scheinen, daß die KPD. nicht weniger verrottet ist, als die SPD. Die richtige Antwort der Arbeiter muß sein: In den Müllkasten mit den Büchern der Wahlparteien und Gewerkschaften. Zusammenschluß in den Betrieben zu Kampforganisationen, die dem Willen der Arbeiter gehorchen. Das sind die Waffen, nicht nur dem Faschismus, sondern auch seiner demokratischen Republik auf den Pelz zu rücken.

Aus der Internationale

Frankreich

Die Rechtsentwicklung der Trotzkisten.

Seit der Ankunft Trotzkis in Konstantinopel hat die Türkei den Besuch von einem Dutzend französischer Oppositioneller erhalten, die mit der Absicht hinkamen, für sich und ihre Gruppen die Vorteile eines ausschließlichen copyright*) zu erkämpfen. Alle kommen von Ermunterungen erfüllt und mit folgendem Schlagwort ausgerüstet zurück:

— Einigung der linken Opposition,
Schaffung eines wöchentlichen Agitationsblattes,
Kampf um die Direktive der Massen.

Auf diese Weise vor die Aufgabe gestellt, nicht nur zu den russischen Fraktionskämpfen, sondern auch zu den Problemen der Arbeiterklasse in Frankreich und der ganzen Welt Stellung zu nehmen, fanden sich die Mekkapilger in große Verlegenheit gestürzt.

Im allgemeinen ist der Agitator immer gezwungen, eine Grundlage für das gebrechliche Gebilde seiner Ideologie in der Entwicklung des Klassenkampfes zu suchen, wie gewandt er auch sein mag, eine Massenbewegung künstlich ins Leben zu rufen.

Nun ist es aber offensichtlich, daß die elementare Auflehnung der Arbeiter gegen die wachsende Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen (Verteuerung des Unterhaltes, Rationalisierung, steigende Bedrückung) gerade der KPF. zugute kommt und einen Anschein von Kraft, Tätigkeit und revolutionärem Willen erweckt.

Die konterrevolutionäre Rolle der KPF. besteht eben darin, das Vertrauen der besten Arbeiterelemente einzufangen und sie dann der organisatorischen Beherrschung durch einen völlig degenerierten Apparat zu unterwerfen. Diese Tatsache spiegelt deutlich den revolutionären Niedergang in Europa und Rußland wieder.

Es ist nur möglich, der KPF. ihren Rang als Massenorganisation streitig zu machen, wenn man sich selbst auf den Boden des Opportunismus stellt, der durch den fürchterlichen, revolutionären Rückschritt der gegenwärtigen Lage aufgezwungen wird (hauptsächlich in Frankreich).

Und um diese Stellung zu erringen, müßte die Oppostiion einen Aufwand an Energie und wirklicher Tätigkeit entfalten, den sie nicht zu bringen imstande ist.

Die Partei hat den großen, taktischen Vorteil vor der Opposition voraus, daß sie fast schrankenlos Direktionswechsel vornehmen kann, die ihr erlauben, wechselweise den Opportunismus bis an die äußersten Grenzen zu stoßen und sich nachher augenscheinlich von ihren Sünden zu reinigen und die Schuld auf eine bestimmte Gruppe Verantwortlicher zu schieben. Indem sie regelmäßig von Zeit zu Zeit die wiederkehrende „Rechte" verurteilt und ausstößt, befriedigt sie die stutzig gewordenen Arbeiter, die dann instinktiv wieder in ihre Reihen zurückkehren.

Bis jetzt hat die Opposition in Frankreich kaum etwas anderes gemacht, als die aus der Partei ausgestoßenen und verachteten Elemente, traurige Ueberreste alter, einst herrschender Fraktionen, aufgenommen, und ist einem bleichen Dahinvegetieren als Sekte verfallen, wenn sie keinen Anlauf nimmt, um die Vergangenheit abzuschütteln.

Dies ist das wichtigste Hindernis auf ihrem Wege. Vergeblich hielt Trotzki mit der Laterne in der Hand lange Ausschau nach einem Mann unter den Gruppenführern; er gibt in seinem Briefwechsel heute selbst ein Bild von seinen Jagdergebnissen: „Paz, ein Advokätchen und Millionär, eingerahmt von kleinbürgerlichen, folgsamen Beichtkindern; Treint, ein verdorbener und Zwist stiftender Politiker, der verrufenste Mann der III. Internationale; Souvarine, eine alte, zänkische Jungfer, hochtrabend und sentimental; . . ."

Da die erste Bedingung die Massen zu gewinnen die Erneuerung des Personals um jeden Preis ist, hat Trotzki nicht gezögert, zu den angreifbarsten Persönlichkeiten Zuflucht zu nehmen, um seine neue Mannschaft zusammenzubringen, und vorerst durch die wirkungsreichsten Erledigungsmittel die alte auszuschiffen. Rosmer, ein bekannter Vertreter der Rechten, der wenigstens während und gleich nach dem Kriege eine ehrlich internationale Haltung bewahrte, ist nach fünfjähriger, anarchistisch-gewerkschaftlicher Verschollenheit, aufs Podium erhoben worden. Die jungen Intellektuellen der „Lutte de Classes"**), von denen man mehr wissenschaftliche Theorie als politischen Mut erwarten kann, sind eingestellt, um die Bucharins und Vargas zu spielen und die Doktrin den Bedürfnissen der Sache anzupassen (wie sie es schon nicht ohne Ungeschick für den chinesisch-russischen Konflikt tun). Schließlich kommen dazu die eher verdächtigen Elemente des Büros für Industrie- und Handelsforschungen (Privatstelle für finanzielle und moralische Nachforschungen, die ihre Geschäftsleute in den Dienst der Industriellen und Kapitalisten stellt), die mit dem administrativen Teil und der ökonomischen Dokumentation betraut sind, das heißt, die Kasse zu füllen und die Streikstrategie zu leiten haben.

Nach Feststellung dieser Maßnahmen ist es nicht schwer herauszufinden, welchem Wind die kürzlich erschienene Wochenzeitung „Die Wahrheit" ihre fleckenlosen Segel öffnet.

Wie Trotzki selbst in seinem Artikel in Nr. 12 der „Lutte de Classes" schreibt, setzt sich die französische Opposition zum großen Teil aus Leuten zusammen, die das Bedürfnis nach einem relativen Ruhestand haben, denen die Parteiverpflichtungen zu hart, zu teuer und zu ermüdend für ihre revolutionäre Energie und ihren Geldbeutel erscheinen, ohne dabei noch die Gefahren der Illegalität, der Unterdrückung, der Straßenkundgebungen, der politischen Streiks usw., mit in Betracht zu ziehen.

Nun hätte die Tätigkeit der ganzen Opposition in der neuen Richtung darin bestehen sollen, nach dieser Selbstkritik, begleitet von so scharfen „Hinrichtungen", um jeden Preis von der verderblichen Liquidationsströmung abzukommen. Doch die ersten Kundgebungen der neuen oppositionellen Orientierung zeigen uns das Gegenteil an; es handelt sich um ein wahrhaftiges Ueberbieten an Opportunismus, um einen niedrigen Kampf, der dahin strebt, der Partei und der CGTU. (dem „linken" Gewerkschaftsbund)ihre degeneriertesten Mitglieder zu entreißen.

In wenig Worten wollen wir die Geschichte der neuen Richtung zeichnen:

In erster Linie kam ein Aufruf, der zum Boykottieren der Straßenkundgebung am 1. August einlud, durch einen besonders zu diesem Zweck erschienenen Trakt, der den Streik als dummes Abenteuer hinstellte.

Zweitens erschien der Aufruf voll billiger Demagogie: An die Seite des sozialistischen Vaterlandes. Bedingungslose Verteidigung der USSR., erlassen im Augenblick, wo solch Erklärungen keiner praktischen Tätigkeit entsprechen können.

Dann folgen die prinzipienlosen Werbeversuche gegenüber den Unzufriedenen der Rechten in der Partei und der CGTU., vor allem der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten und Parteiangestellten, die am meisten im Verdacht kommunistischer Faulheit stehen.

Schließlich ist in Erinnerung zu bringen, daß verschiedene offiziell von Trotzki unterstützte Blätter in Frankreich kürzlich den Kampf geführt haben, ohne je widerrufen zu werden:

1. Für die gewerkschaftliche Einheit um jeden Preis.
2. Gegen die politische Einmischung in die Streike.
3. Für die unumschränkte Wahl-Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und Autonomisten.
4. Gegen die Säuberungsmaßnahmen, die die „Quartierpolitiker" treffen und ihre Machenschaften und Wahlbündnisse verurteilen.
5. Für eine loyale Opposition gegenüber den „Arbeiterregierungen".
6. Gegen die getrennten Kandidaturen der Kommunisten in England.
7. Für den kleinbürgerlichen Wahlblock in Amerika.
8. Gegen die Bildung einer gewerkschaftlichen Zentrale im Gegensatz zu der amerikanischen, faschistischen Zentrale.
9. Für die Aufrechterhaltung der deutschen, gewerkschaftlichen Einheit im Schoß des reformistischen Gewerkschaftsbundes.
10. Gegen die autonomen, revolutionären Gewerkschaften, gegen die Versuche, Betriebsorganisationen in Deutschland und Frankreich zu gründen.

In all diesen Punkten haben die französischen Oppositionellen, sich auf Trotzki berufend, eine Stellung rechts der Partei eingenommen, deren konterrevolutionären Charakter Trotzki nie hervorgehoben hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich der Gang der geeinigten Opposition (?) Frankreichs immer offener in dieser Richtung fortbewegen bis zur gänzlichen Auflösung, die unfehlbar beim nächsten revolutionären Aufschwung der Massen eintreten wird.

*) wörtlich: Verlagsrecht; hier soviel wie als die alleinigen Jünger Trotzkis ausgeben.

**) „Klassenkampf", Zeitschrift.

Aus den Bezirken

München

Schwarze und rote Pfaffen.

Seit Jahrhunderten ist die Kirche die beste Stütze der herrschenden Klassen. Unter ihren Fittichen werden die Menschen ausgebeutet, drangsaliert, gemartert und gemordet. Sie hält die arbeitenden Massen, soweit sie sie erreichen kann, in Schach, schildert die Not, das Elend als eine von Gott gesandte Prüfung und vertröstet auf das Glück in dem nicht vorhandenen Jenseits. Kriege werden durch sie geheiligt, in jedem Land, für jedes Volk, durch die Pfaffen, die Vertreter des einen Gottes.

Am Freitag fand im „Kreuzkeller" in München eine öffentliche Freidenkerversammlung statt, über das Thema: „Kirche und Kultur". Referent war der ehemalige Pfaffe Anton Krenz. So gut er mitunter in seinen Ausführungen war, so inkonsequent war er in seiner politischen Einstellung zur Konkordatsfrage. Hier bewahrheitete sich das alte Sprichwort: „Weß' Brot ich eß, deß' Lied ich pfeif'. Aus Angst, arbeitslos zu werden, vermied er jede Anspielung auf die SPD., die gerade in der Konkordatsfrage ihr konterrevolutionäres Gesicht gezeigt hat. War es doch der SPD.-Minister Braun, der am 14. Juni 1929 den Vertrag ohne jeden Widerspruch unterzeichnet hat. Wenn man in einer Freidenkerversammlung ist, ist lange noch nicht damit gesagt, daß freies Denken gestattet ist. Als das Referat zu Ende war, frug der Versammlungsleiter, ob Gegner das Wort wünschten, er meinte damit nicht politisch klar denkende Arbeiter, nein Pfaffen, Bürger. Ein Genosse von der KAP. meldete sich als „Gegner", ein allgemeines Erschrecken am Vorstandstisch, man läßt alle Minen springen, um eine Diskussion zu verhindern. Man appelliert an die Gefühle der Massen, schiebt eine Pause ein, läßt abstimmen, und muß sprechen lassen. Einige verblödete KPD.-Leute in Gemeinschaft mit SPD., eine merkwürdige Einheitsfront, versuchen unseren Genossen niederzubrüllen, aber nichts zu machen, er setzt sich mit Hilfe der vernünftigen im Saal anwesenden Arbeiter durch. Er legt klar in der anfangs aufgezeigten Form die Stellung der Kirche zum Proletariat dar. Geißelt die Stellung der parlamentarischen Arbeiterorganisationen. Zum Beispiel die verbrecherische Politik der SPD. wirkt sich in der Konkordatsfrage auch hier wieder zum Schaden der Arbeiterklasse aus; neue riesige Opfer muß das Proletariat, das nichts mit Gott, nichts mit der Kirche zu tun hat, auf den Altar legen, solange, bis es den Weg zum Klassenkampf gefunden hat. Seine einstige Parole, Trennung von Kirche und Staat, ist längst überholt, heute muß sein Kampfruf sein: Fort mit der Kirche, fort mit dem Staat, fort mit den schwarzen und roten Pfaffen.

B2

Dann sprach noch ein Professor und ein richtiggehender Komiker von der KPD., die ihre Tiraden von der alleinseligmachenden Kirche Moskau, Papst Stalin, ich glaube dir, an den Mann zu bringen versuchten.

Arbeiter, reißt euch los von dem Bann der schwarzen und roten Kirche (Gewerkschaft — parlamentarische Parteien), schließt euch zusammen in den Betrieben als Klasse. Hinein in die Kommunistische Arbeiter-Partei!

Düsseldorf

Die beweglichen Taktiker bei der Arbeit.

Es wurde schon öfters festgestellt, wie die Beweglichkeit unserer Freunde von gestern aussieht. Bei einem Hindenburgrummel verkaufte ein Mitglied derselben Hindenburgabzeichen. Die Frau desselben läßt ihr Stimmchen im Kath. Jungfrauenverein erschallen und die Kinder werden in kath. Schulen geschickt. Alles wegen der Beweglichkeit. Und so im täglichen Geschäftsleben muß man sich ja auch gut mit der Polizei befreundet halten, damit es keine Protokolle absetzt. Man zeigt sich dafür erkenntlich und spendiert diesen Kapitalsschergen fleißig Bier usw. Ebenfalls wegen der Beweglichkeit. Da wird wohl die Vermutung nicht so fern liegen, daß man in besoffenem Zustand so manches an der Schnapstheke erzählt, was die Polizei gern wissen möchte. Vielleicht ist es auch nicht so von ungefähr, warum denn nun gerade dort so mancher Genosse verschüttet ging. Wer aber noch eines Beweises bedurfte, wohin die Reise dieser Leute geht, der konnte sich in Düsseldorf beim Kulturtag überzeugen.

Stolz wie die Spanier, im antifaschistischen Schwarzhemd, trugen die extremsten Vertreter dieser beweglichen Theorie, genau wie die KPD (jedenfalls aus Konkurrenzgründen) ihre Plakate mit der Aufschrift: „Hoch die Massenaktion! Schafft revol. Betriebsorganisationen, die Fundamente der sozialen Revolution!" — „Heraus aus der Kirche! Kirche und Gott erlösen uns nicht aus dem Elend!"

Dieselben Leutchen, kleine Gernegrößen, demonstrieren Hand in Hand mit der KPD. für Austritt aus der Kirche, die aber selbst wegen „keine Zeit" nicht austreten können, die auffordern, revol. Betriebsorganisationen zu gründen, selbst sich aber in sog. Räte wählen lassen, die Bittgänge zum Bürgermeister machen, dieselben Leute, die bei irgend einem Protest der KPD. die Belegschaft auffordern, eine Schicht zu feiern, die aber dann selbst zur Arbeit gingen. Die Beweglichkeit dieser Helden kennt eben keine Grenzen. Revolutionäre Arbeiter haben lange vorher den Karren laufen sehen und zeitig den Strich gezogen. Wundern braucht man sich gar nicht, daß solche Maulhelden und Fantasten dort anlangen, wohin sie gehören: bei der Massenorganisation, bei der KPD., wo sie sich austoben können und wo sie letzten Endes niemand mehr ernst nimmt. Zu bedauern sind nur die Proletarier, die aus falscher Erkenntnis noch ihre radikalen Worte ernst nehmen und sich im Schlepptau dieser Phrasenhelden befinden. Aber für sie wird auch noch einmal die Stunde der Ernüchterung kommen, in der ihnen zum Bewußtsein gelangt, daß mit einer solchen Beweglichkeit die Ideologie in den Köpfen der Proletarier nicht geändert wird. Auch sie werden dann wieder den Weg finden zur wirklich revolut. Organisation des Proletariats, zur Kommunistischen Arbeiter-Partei und der von dieser gegründeten Arbeiter-Union.

Mitteldeutschland

Revolutionäre Organisation und Aufgaben der Arbeiterklasse, ein stetiger Fluß: bedingt durch die kapitalistische Entwicklung, deren gesellschaftlicher Widerspruch das Proletariat laufend zwingt, zu seiner Klassenlage Stellung zu nehmen. Sich vom Joch des Kapitalismus zu befreien, und sich organisatorisch zusammenzuschließen als BO. im Betrieb, wo die Wurzel des Klassenkampfes den Sieg des Proletariats sicherstellt: Durch das Erkennen seiner Macht als Arbeiterklasse durch die Solidarität im Kampfe gegen die Bourgeoisie und ihre Stützen. So stand auch die Mitteldeutsche Bezirkskonferenz der AAU. und KAP. zu den Aufgaben.

Das politische Referat zeigte scharf die Gegensätze auf, die der Kapitalismus erzeugt. Jener Monopol-Kapitalismus, der über Leichen des Proletariats versucht, seine Machtstellung auf erhöhter Stufenleiter, die kapitalistische Wirtschaft, aufrecht zu erhalten.

Die Ereignisse in China, Indien, Palästina, der Versuch des Kapitalismus, laut seiner imperialistischen Stärke der einzelnen Staaten, seine Macht in diesen Ländern aufzubauen, Absatzgebiete der eigenen Industrien zu schaffen, scheitern an den Werken, die sie geschaffen. Riesige Unternehmen von modernen Industrien krönen das Symbol der Kämpfe, in denen das Proletariat für nationale Interessen des Unternehmertums sich opferte. Die Produktivkräfte im fernen Osten, die mit gewaltiger Energie den Rahmen sprengen, einen friedlichen Gang des Kapitalismus nicht zulassen, sondern mit letzter Konsequenz das Zusammenprallen der imperialistischen Staaten bewirken.

Engverbunden mit der bürgerlichen Gesellschaft ist die Gewerkschaftsbürokratie, verwachsen in allen öffentlichen und privaten Institutionen ist sie nicht mehr fähig, den Kampf des Proletariats zu führen, sondern stellt sich bewußt gegen den Kampf des Proletariats. So die 3. Internationale, wie die letzte Tagung des Ekki bewies, sich nicht mehr mit den alten Parolen im Proletariat bewegen kann und mit neuen Schlagern. Revolutionäre Vertrauensleute im Betrieb und anderen Räten in die politische Arena tritt. Wir kennen die ganze Vergangenheit der KPD. auf Grund ihrer russischen Aufbaudienste, die nichts mit Kommunismus zu tun haben. Sie werden auch mit den neuen Parolen den Kampf des Arbeiters nicht zu seinen Gunsten entscheiden, mit radikalen Gewerkschaftsoppositionen. Diese bedeuten noch keine Anlehnung an den Gedanken der revolutionären BO., wohl aber eine Verurteilung der bisherigen Gewerkschaftspolitik der KPD.

Betrieb und Wirtschaft

Verdrängung von der Arbeitsstelle durch die Belegschaft ist unsittlich

Streikbrecher sind Lumpen — sagt eine Gewerkschaft.

Die freigewerkschaftlich organisierte Belegschaft einer Baustelle weigerte sich, mit einem Andersorganisierten zusammenzuarbeiten. Der so Bedrohte nahm seine Entlassung und klagte gegen die Belegschaft um seinen Lohn für die Zeit der Arbeitslosigkeit. Wie schon öfters das Reichsgericht und das Reichsarbeitsgericht, gab ihm das Landesarbeitsgericht Berlin (Aktenzeichen 106, S. 294/29) recht.

Das Urteil ist von prinzipieller Bedeutung und wert, daß unsere Genossen es sich merken, wenn verhetzte Arbeiter im Auftrage ihrer Gewerkschaft derart gegen revolutionäre Arbeiter vorgehen. In diesem Falle war der Gemaßregelte ein christlich Organisierter, der wegen Streikbruch aus der freien Gewerkschaft ausgeschlossen war. Ob das Landesarbeitsgericht gerade diesen Ehrenwerten in Schutz nehmen wollte (die Entscheidung fällt ja der „unparteiische" Vorsitzende), mag dahingestellt bleiben. Bei Berufung auf dieses Urteil kann ein Arbeitsgericht auch nicht anders entscheiden, auch wenn Mitglieder der „freien" Streikbruchgewerkschaften gegen unsere Genossen Terror ausüben.

Interessant ist die Haltung des „Grundstein" (1929 Nr. 33), dem wir die Tatsache entnehmen: Er sagt in seiner kurzen, selbstverständlich das Urteil ablehnenden Kritik nicht weniger als dreimal, daß Streikbrecher Lumpen sind. Hoffentlich merken sich das die Mitglieder des Baugewerksbundes und behandeln jene Elemente als Lumpen, die SPD. und DMV. ihnen auf die Baustelle als Streikbrecher für augenblicklich streikende Rohrleger schicken. Richtiger allerdings ist es, wenn sie von den Organisationen abrücken, die die Arbeiter zum Streikbruch pressen. Dazu gehört heute allerdings auch der Baugewerksbund.

Die Arbeitslosigkeit steigt

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist im Reich gegenüber der Vorwoche um etwa 5000 angewachsen und dürfte zurzeit annähernd 740 000 betragen. Diese Zahl stellt aber nur einen Ausschnitt aus der gesamten Arbeitslosigkeit dar. Es fehlt die Angabe über die Krisenunterstützten, und vor allem der Hunderttausende, die gar keine Unterstützung beziehen.

Die Landwirtschaft stellte flott ein für die Hackfruchternte. Das Baugewerbe dagegen entließ schon in nennenswertem Ausmaß Arbeiter, viel früher als in früheren Jahren.

Arbeiterentlassungen bei Krupp.

Die Firma Krupp hat 1000 Arbeitern gekündigt, 700 Mann der Feuerbetriebe und 300 Mann der Hilfsbetriebe. Es wird dies mit Konjunkturrückgang begründet. Tatsächlich läßt in letzter Zeit die Stahlproduktion etwas nach, sie ist aber immerhin noch bedeutend höher als vor einem Jahre, als die Belegschaft entschieden größer war.

Massenentlassungen bei den Großbanken.

Das Finanzkapital hat die zweite Phase der Rationalisierung beschritten. Die Diskontobank, die schon 250 Angestellte entlassen hat, kündigt nochmals die Entlassung von 200 Angestellten an. Die Dresdener Bank will 150 Angestellte entlassen. Ferner drohen die Dresdener Bank und andere Großbanken größere Angestelltenentlassungen an.

Rationalisierung der Landwirtschaft.

Auch die Landwirtschaft rationalisiert, wenn auch langsam. Der Beweis sind die arbeitslosen Landarbeiter inmitten der sommerlichen Hochsaison. Welche Perspektiven sich den Landarbeitern in absehbarer Zukunft eröffnen, dafür spricht ein Artikel im „Haynauer Stadtblatt":

„Durch die Strohernte und den sofortigen Drusch auf dem Felde mit Hilfe der Mähdrescher bleibt jede Bewegung der Garben und des Strohes durch die teuere Handarbeit weg. Damit ergibt sich in der Saatzuchtwirtschaft Ober-Mittlau eine ganz wesentliche Ersparnis an Leuten und Gespannen. Von letzteren werden dort, nachdem bei Anschaffung zweier Raupenschlepper bereits 16 Ochsen und 10 Pferde verkauft worden sind, weitere 18 Pferde nach Inbetriebnahme der Mähdrescher abgeschafft. Die Zahl der Arbeitskräfte wird pro 800 Morgen Betriebsfläche auf höchstens 10 bis 15 reduziert. Die damit freiwerdenden Mittel an Löhnen, Fütterungskosten usw. werden sehr erheblich sein. Im Winter sind keinerlei Aufwendungen für den Drusch des Getreides zu machen, da das Getreide die Mähdrescher verkaufsfertig verläßt. Die Raupen haben sämtliche Gespannarbeiten zu verrichten und werden auch zum Düngerfahren usw. mit sechs bis acht Anhängerwagen benutzt. Diese universale Verwendungsmöglichkeit sichert der Raupe die Rentabilität."

Zwei Maschinen ersetzen 16 Ochsen und 28 Pferde, zu deren Wartung und Arbeit etwa 25 Arbeiter erforderlich waren. Die Hauptersparnis an Arbeitern aber liegt in der Leistung der Maschinen, die mindestens nochmals 25 ersetzt. Die zwei Maschinen ersetzen auf dem verhältnismäßig kleinen Gut 80 Prozent der Arbeiter. Zwei deutsche Maschinisten und 10—12 galizische Landarbeiter, das wird künftig die Belegschaft auf ähnlichen Gütern sein. Die goldene Zeit für Junker bricht an. Es ist die höchste Zeit für die Arbeiterklasse, daß sie sich der Wirtschaft bemächtigt. Der Mechanisierung ist genug getan, um sich die Arbeit leicht zu machen und ihre Arbeitskraft für Kulturzwecke einzusetzen.

Arbeitsmarkt und Konjunktur

Wir haben in voriger Nummer den Nachweis geführt, daß trotz enorm gestiegener Produktion in einzelnen Industrien die Belegschaftsziffern abgenommen haben. So hatte 1927 der Bergbau 20 000 Arbeitskräfte weniger als 1925 und die Großeisenindustrie gar 32 000 weniger, trotzdem beide Industrien ihre Produktion seit 1925 ganz beträchtlich gesteigert haben. Diese Tendenz, steigende Produktion, größere Leistungssteigerung, Abnahme der Belegschaftsziffern, läßt sich auch für das ganze Reich nachweisen, wenn man die amtlich registrierten Arbeitslosenziffern während der Periode der aufsteigenden Konjunktur vergleicht.

Im Jahre 1925 war die deutsche Wirtschaft in einer bedenklichen Depression. Der Bergarbeiterstreik in England, der vorübergehend fast die ganze nicht lebenswichtige Industrie Englands zum Erliegen brachte, gab der deutschen Industrie Gelegenheit, in die englischen Märkte einzudringen. Die großzügige Streikbruchaktion der deutschen Gewerkschaften gegen die englischen Bergarbeiter gab den Anstoß zur Belebung der deutschen Wirtschaft, zur Konjunktur. Das deutsche Kapital hatte eine goldene Ernte, die bis 1928 anhielt.

Wir haben schon damals nachgewiesen, daß das deutsche Proletariat keinen finanziellen Vorteil von seinem Streikbruch hatte, auch die beschäftigten Arbeiter nicht. Die 3 Prozent „Lohnerhöhung" der Bergarbeiter waren durch die steigende Teurung mehr als überholt, bevor sie zur Auszahlung kamen. Ganz abgesehen davon, daß die Hunger- und Streikbruchprozente durch verschärfte Ausbeutung und durch die Leistungssteigerung, die durch die Technisierung bewirkt wurde, mehrfach herausgeschunden wurde. Auch das Proletariat als Klasse genommen hatte keinen Vorteil von der Konjunktur. Zusammen mit der Konjunktur, d. h. der Produktionssteigerung, stieg auch die Arbeitslosenziffer, obwohl auch die Beschäftigungsziffer etwas stieg. Das hat seine Ursache darin, daß von Jahr zu Jahr dem Arbeitsmarkt neue Kräfte zuströmen; jugendlicher Zuwachs einschließlich des Zuzugs vom Lande, Frauen, infolge der sich verschlechternden Lebensbedingungen, Kleinbürger, die durch die industrielle Konzentration aus dem Handwerk ins Proletariat verstoßen werden usw.

Vergleicht man die Beschäftigungsziffer, die sich aufbaut auf den Mitgliederbestand der Krankenkassen, mit der Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden, so macht man die Feststellung, daß die Beschäftigungsziffer steigt, während gleichzeitig auch die Zahl der Arbeitslosen steigt. Nimmt man die Beschäftigungsziffer vom 1. Januar 1925 mit 100, so betrug diese Beschäftigungsziffer im Mai 1928 111,8. Im selben Zeitpunkt betrug die Anzahl der verfügbaren Arbeitsuchenden 1 248 895. Im Mai 1929 war die Beschäftigungsziffer auf 112,2 gestiegen. Demnach hätte die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden gegenüber dem Vorjahr zurückgehen müssen. Tatsächlich war sie gestiegen auf 1 602 997, also um rund 350 000.

Im Juni 1928 war die Beschäftigungsziffer gestiegen auf 112,3; die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden war gesunken auf 1 207 410, also um rund 40 000 gegenüber dem Vormonat. Ein Jahr später, im Juni 1929, war die Beschäftigungsziffer gestiegen auf 112,7, während die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden zwar gegenüber dem Vormonat um rund 108 000 auf 1 494 518 zurückgegangen war, aber trotz der stärkeren Beschäftigungsziffer gegenüber dem Juni des Vorjahres noch um 287 000 Arbeitsuchende mehr aufwies.

Im Juli 1928 betrug die Beschäftigungsziffer 112,4; die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden war weiter gesunken auf 1 154 637. Im Juli 1929 war die Beschäftigungsziffer (immer nach der mehr als zweifelhaften Statistik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung) zum erstenmal in diesem Jahr etwas gesunken, und zwar auf 112,5, lag aber immer noch höher als die Beschäftigungsziffer im Vorjahr. Die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden war nur geringfügig auf 1 466 886 zurückgegangen, lag aber wieder um 312 000 höher als im Vorjahr.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß trotz einer außerordentlich gesteigerten Produktivität die Anzahl der Beschäftigten noch gestiegen ist. Wir haben also eine gute Konjunktur. Gestiegen ist aber trotzdem die Anzahl der Arbeitsuchenden.

Nun werden die nächsten Jahre zweifellos eine kleine Erleichterung bringen, weil der Zustrom infolge des Geburtenrückganges während der Kriegsjahre ein geringerer sein wird. Dieser Rückgang wird aber zum Teil aufgewogen werden durch die fortschreitende Technisierung der Wirtschaft und durch die schon oben erwähnten Momente.

Wir haben diese Zusammenhänge schon des öfteren aufgezeigt, wir bringen sie aber heute wieder, weil sich auch der „Vorwärts" (Nr. 447) damit beschäftigt. Und seine Schlußfolgerung? Hier ist sie:

„Es ist, wirtschaftlich und sozial gesehen, ein Verbrechen, wenn heute noch durch Schiedssprüche eine Arbeitszeit von mehr als 48 Stunden die Woche festgesetzt wird. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn die Gewerbeaufsichtsbehörden die Zulassung von Ueberstunden und Sonntagsarbeit genehmigen, während sich gleichzeitig alle Regierungsparteien darüber den Kopf zerbrechen, wie man die Reichsanstalt saniert, ohne den Arbeitslosen dabei allzu wehe zu tun. Man wird des Problems der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden, wenn man das Uebel nicht an der Wurzel anpackt."

Wir schätzen uns heute einmal in der glücklichen Lage, auch einmal dem „Vorwärts" zustimmen zu können. Das Arbeitslosenproblem wird in der Tat erst gelöst werden, wenn man das Uebel an der Wurzel anpackt. Der „Vorwärts" beliebt aber zu bluffen. Er setzt voraus, daß seine Arbeiterleser durch seine und der Gewerkschaften „Schulung" Schwachköpfe geworden sind. Und so nimmt er an, daß sie schon vergessen haben, daß Herr Doktor ehrenhalber Wissell, der Verantwortliche für die Schiedssprüche, Sozialdemokrat und Gewerkschaftler ist und daß er in beider Einverständnis handelte, als er die Arbeitszeit verlängerte; er nimmt an, daß die Arbeiter vergessen haben, daß die Gewerkschaften es waren, die allen Arbeitszeitverlängerungen zustimmten und jeden Streik als „wild" erklärten, wo die Arbeiter gegen die Schlichtungspeitsche rebellierten.

Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Arbeitslosigkeit ist erst am Anfang seiner Entwicklung. Die Produktivkräfte in der ganzen Welt werden entwickelt, die Konkurrenz steigt, die Löhne werden gedrückt, die Leistung gesteigert, die Kaufkraft schwindet. Folge ist das Anschwellen der Arbeitslosenziffern. Das deutsche Kapital muß künftig seine Kriegskontribution aus dem Arbeitsertrage der Arbeiter leisten, da ihm die Amerikakredite beschnitten werden. Die Ausbeutung soll also in ihrer brutalsten Form erst beginnen. Dadurch werden immer mehr Arbeitskräfte freigesetzt. „Man wird des Problems der Arbeitslosigkeit nicht Herr werden, wenn man das Uebel nicht an der Wurzel anpackt."

Die Wurzel ist die Profitwirtschaft, der Kapitalismus. Diese Wurzel werden die Arbeiter aber nur beseitigen können im Kampf gegen die Gewerkschaften und gegen das parlamentarische System. Nur wenn das Proletariat sich in den Betrieben zusammenschließt zu Kampforganisationen, die es selbst in der Hand hat, wird es sich seine kommunistische Bedarfswirtschaft aufbauen können.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Artikel: „Kommunismus und Zionismus" muß es im 4. Abschnitt heißen: Der jüdische Nationalstaat ist ein Phantom. Nicht Nationalist!

In dem Artikel: „Der Ausbau der Sozialpolitik" wird gesagt: „Die Regelung gilt nur für höchstens ein halbes Jahr, statt eineinhalb Jahre."

Organisatorische Mitteilungen

Ortsgruppe Weißenfels.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivolvi, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt.

Ortsgruppe Bonn.

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderan, Doetschstr. 5.
Sympathierende und KAZ.-Leser haben Zutritt.
Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden.

Ortsgruppe München.

KAP., RBO. u. KAJ. Zusammenkünfte: Alle Freitage 7.30 Uhr im „Schillerhof", Schillerstr. 123. Vorträge, Gruppenabende, Zahlabende. Die „KAZ." liegt dort aus.

Groß-Berlin

Am Donnerstag, den 3. Oktober, abends 7.30 Uhr, findet die Kassenrevision an bekannter Stelle statt.

Betriebsorganisation Kreuzberg.

Am Donnerstag, den 3. Oktober, nachmittags 5 Uhr, findet im Lokal George, Elisabeth-Ufer 12, die Sitzung der Betriebsorganisation Kreuzberg statt.
Alle Genossen, welche im 6. Bezirk beschäftigt sind, sind unbedingt verpflichtet zu erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin-Wittenau. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: . . . .

Ort: . . . .

Straße: . . . .

10. Jahrg Nr. 40
s

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.
Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, Oktober 1929.
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal.
Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Institut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Die Hungeroffensive

Das deutsche Kapital braucht zur Erhaltung der Wirtschaft billige Arbeitslöhne. Die Arbeitslosenversicherung bildete eine gewisse Hemmung, weil durch die Erwerbslosenunterstützung die Arbeitslosen nicht gezwungen waren, die Löhne um jeden Preis zu unterbieten. Das Gewicht der industriellen Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt war abgeschwächt. Dadurch waren die Unternehmer nicht in der Lage den Arbeitslohn unter ein gewisses Niveau herunterzudrücken.

Das Unternehmertum hat ein doppeltes Interesse an dem Bestehen der Arbeitslosenversicherung. Sie schafft einmal eine zusätzliche Kaufkraft, dann wirkt sie als Ventil gegen revolutionäre Aktionen der Arbeiterschaft. Solange eine Konjunktur besteht, bildet die Arbeitslosenversicherung keine Belastung, zumal ja zwei Drittel vom Arbeiter und nur ein Drittel vom Arbeitgeber gezahlt werden. Die Wirtschaft ist dann auch auf diese Belastung eingestellt. Im Moment aber, in dem eine Krise eintritt und eine erneute Rationalisierung notwendig ist, beginnt das Kapital regelmäßig mit einer Offensive gegen die Arbeitslosen. Wenn diese Offensive geglückt ist, geht es dann zu einer Rationalisierung, also zur weiteren Kapitalinvestierung und Kapitalkonzentration über, um auf diese Weise sich einen doppelten Vorteil zu verschaffen. Herabgesetzte Arbeitslöhne und verschärfte Ausbeutung sollen die Ueberwindung der Krise ermöglichen. Daß diese Taktik tatsächlich vorliegt, beweist der augenblickliche Vorstoß des Kapitals gegen die Arbeitslosenversicherung und die Konzentration, wie sie insbesondere in der jetzigen Großbankenfusion der deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft in Erscheinung tritt.

Den erwünschten Anlaß zum Abbau der Arbeitslosenversicherung bot die Tatsache, daß das Reich im letzten Winter insbesondere wegen der großen Kälte einen Zuschuß in Höhe von 370 Millionen leisten mußte. Die Bürgerblockregierung hatte klar vorausgesehen, daß sich die im Anfangsstadium ihrer Entwicklung befindliche Versicherung noch nicht in sich tragbar war. Trotzdem hatte sie keine Mittel in den Etat eingesetzt. Durch diese Taktik wollte sie erreichen, daß eine Sanierung der Versicherung notwendig würde. Dieser Schachzug ist ihr auch vollkommen geglückt, weil die Belastung des Reichsetats wegen der wirtschaftlich schwierigen Lage praktisch zu einem Abbau zwang.

Die Offensive des Bürgertums setzte besonders kräftig ein, als sich die Notwendigkeit zur Neuregelung der Reparationsverpflichtungen ergab. Das deutsche Kapital konnte nicht mehr die Reparationsverpflichtungen durch ausländische Anleihen bezahlen. Es mußte dazu übergehen, diese Belastungen durch Besteuerung aus der Arbeiterschaft herauszuholen. Bei dieser Sachlage war es ganz selbstverständlich, daß es zuerst an eine Verstärkung der industriellen Reservearmee dachte. Die Sozialdemokratie hätte ja Einsparungen genau so gut beim Heeresetat und bei den Pensionen vornehmen können. Sie brauchte aber die Mehrheit der Deutschen Volkspartei, also der Schwerindustrie und der Demokraten, der Vertreter des Bank- und Handelskapitals, sowie des Zentrums, dessen Macht auf der rheinischen Schwerindustrie beruht. Diese Koalitionsgenossen wären niemals für eine Beschränkung der imperialistischen Möglichkeiten zu haben gewesen. Sie hatten als Unternehmerpartei das größte Interesse an einem Abbau der Arbeitslosenversicherung. Um diese Parteien in der Koalition zu halten und um mit ihrer Hilfe die Abänderung des Dawesplanes zustande zu bringen, mußte die Sozialdemokratie sich wohl oder übel zu einem Abbau verstehen. Am 25. April 1929, also kurze Zeit vor Beendigung der Pariser Konferenz, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich mit der Abstellung „bestehender Mißstände" einverstanden erklärt. Dagegen wollte sie durch Erhöhung der Beitragsleistungen einen Ausgleich des Defizits der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung herbeiführen. Durch die erhöhte Beitragsleistung hoffte die Sozialdemokratie die bisherige Unterstützungshöhe zu erhalten und so eine Vergrößerung der industriellen Reservearmee zu vermeiden. Das Unternehmertum hat aber ganz glatt diese Erhöhung, die es 1/4 Prozent gekostet hätte, abgelehnt, weil dadurch der Zweck der Uebung, nämlich der Abbau der Unterstützungssätze verhindert worden wäre. Am hartnäckigsten in der Vertretung der Unternehmerinteressen hat sich innerhalb der Koalitionspartei die Deutsche Volkspartei gezeigt, weil bei ihr keine Arbeitnehmermassen als Wähler im Gegensatz zu dem Zentrum und den Demokraten in Frage kam. Für sie war ja auch eine besondere Aufgabe, dem Industriekapital die Wege zur zweiten Rationalisierungsperiode zu ebnen. Die Partei des Youngplans mußte besonders darauf hinwirken, daß dem Kapital auch die Möglichkeit zur restlosen Abwälzung der Belastung auf die Arbeiterschaft gegeben wurde. Die Uebernahme der Erfüllung des Youngplanes ohne jede Gegenleistung würde Verrat an den heiligsten Interessen des Kapitals bedeuten. Die Taktik der Volkspartei im Gegensatz zu den Deutschnationalen besteht darin, dem Volk die Illusion der Demokratie zu lassen und es gleichzeitig in die kapitalistische Wirtschaftsordnung hineinzuwickeln. Es ist dieselbe Methode, welche der Reichs-

Das neue Zuchthausgesetz

Die Regierung der kapitalistischen Republik ist auf der Höhe! Parallel mit dem wirtschaftlichen und damit gesellschaftlichen Bankerott geht die Sorge um die Festigung der „Autorität" der Regierung der kapitalistischen Ordnung. Die Herren, die die Millionen verprassen, die aus dem Proletariat herausgeschunden werden, sind eben dabei, Millionen zum Verhungern verurteilter Arbeitsloser die „Faulheit" auszutreiben. Durch Abstellung der „Mißstände" in der sogenannten Erwerbslosenversicherung dafür zu sorgen, daß der Kampf um den Arbeitsplatz die Formen annimmt, daß Tausende vor den Toren der Fabrik nach Arbeit lungern, die noch Arbeitenden einschüchtern, die Löhne drücken, damit die Finanzen des kapitalistischen Staates blühen und gedeihen — auf den verfaulenden Knochengerüsten verhungernder Proletarier.

Eine „Ordnung", die so in ihrem Fundament verfault ist, ist dem Untergang geweiht. Aber noch nie in der Weltgeschichte ist eine Klasse zurückgetreten, die aus dem Grauen ihrer Ordnung materiellen Nutzen zog. Auch die Deutsche demokratische Republik, die für die kapitalistische Klasse verantwortlich zeichnet, rüstet, um den von ihr zum Tode verurteilten Sklaven zu begegnen. Sie rüstet nicht nur mit Zuchthaus und Gummiknüppel, sie rüstet auch, um den juristischen Bau ihres Klassen-„rechts" „gesetzlich" zu stützen, um den weißen Terror zu legalisieren.

Das alte „Republikschutzgesetz", mit dessen Hilfe Tausende rebellischer Arbeiter hinter den Gittern „unschädlich" gemacht wurden, genügte nicht mehr. Es fiel, und an seine Stelle wird ein Ersatz angekündigt, von dem wir im folgenden nur einige Paragraphen wiedergeben:

Die Teilnahme oder Unterstützung einer geheimen oder staatsfeindlichen Verbindung, die den Zweck verfolgt, die republikanische Staatsform des Reiches oder eines Landes zu untergraben;

der Anschluß an eine geheime oder staatsfeindliche Verbindung, die selbst oder deren Mitglieder unbefugt Waffen besitzen;

die Beschimpfung oder durch Bekundung der Mißachtung, absichtliche Herabsetzung der republikanischen Staatsform sowie die Beschimpfung oder Verleumdung des Reichspräsidenten oder eines Mitgliedes der Reichs- und Landesregierung;

die Beschimpfung oder durch Bekundung der Mißachtung absichtliche Herabsetzung der Reichs- und Landesfarben;

Läuft der Zweck eines Vereins den Strafbestimmungen des neuen Gesetzes zuwider, so können die Landesbehörden den Verein auflösen; sehen sie hiervon ab, ist auch der Reichsminister des Innern zuständig.

Neben Gefängnis-, in schweren Fällen Zuchthausstrafen, kann im Falle einer Verurteilung wegen Hochverrats oder einer unter 1. bezeichneten Handlung ein

Zwangsaufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reiches

angewiesen werden.

Versammlungen, in denen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Republikschutzgesetzes vorkommen und geduldet werden, können durch die Polizei aufgelöst werden.

Diesem „Gesetz" braucht eigentlich kein Kommentar hinzugefügt werden. Wenn das „revolutionäre" Proletariat auch weiß, daß die Bourgeoisie auch „ungesetzlich" mordet, wenn der Profit bedroht ist, so sieht es doch an diesem Zuchthausgesetz, daß ihre Rechtsprechung Formen anzunehmen beginnt, die ein solches Maß stockreaktionärer Borniertheit atmet, daß der Autoritätsdusel der Untertanen dieser Obrigkeit nichts anderes sein kann, als der Beifall mitleiderweckender Narren und gedankenloser Esel.

Die braven Untertanen, die vor den „Verbrechern" geschützt werden, sind die, die die Republik bejahen. Wer steht dieser Republik ablehnend gegenüber? Das sind die Hungerleider, die Ueberflüssigen, die Millionen, die den Profit erschinden, und nie froh werden. Sie sollen singend, sollen lachend in den Tod gehen, sollen die schwarz-rot-goldene Fahne bejubeln, unter der der Profit auf Leichenhügeln blüht.

Was ist „Herabsetzung der Staatsform?" Ist es eine Herabsetzung, wenn ausgesprochen wird, daß diese Republik den Profit schützt und die Proletarier durch eine Hölle der Ausbeutung jagt? Wir meinen, daß das schon „Herabsetzung" genug ist, wenn Worte einen Sinn haben.

Die Arbeiter, die auch ferner nur an dem „verbrecherischen" Gedanken festhalten, daß es die historische Mission der Arbeiterklasse ist, das mörderische Profitsystem niederzukämpfen, sind durch das neue Gesetz zum Schutz dieser Ausbeuterrepublik schon von vornherein zu Verbrechern gestempelt! Ihnen blüht Zuchthaus, Gefängnis, Deportation.

Doch das alles ist nicht neu. Der Faschismus der schwarz-rot-goldenen Ausbeuterdemokratie hat ja seine „Vorkämpfer". Die Noske und Wels taten nur ihre traurige Pflicht als Retter des Kapitals, wie es ihre Freunde von heute unter etwas anderen Verhältnissen tun. Die „Willkür" soll aufhören, das Morden ist in Zukunft nur gestattet von „Rechtswegen".

Neu ist, daß es noch Arbeiter gibt, die allen Ernstes glauben, daß die Republik „geschützt" werden soll gegen die bewaffneten Banden, die im Hintergrund aufmarschieren gegen das Proletariat. Neu ist, daß angesichts der Entwicklung in Osterreich „sozialistische" Ministerlinge davon sabbern können, daß das Proletariat gegen die ausgehaltenen Banden, die das Kapital organisiert zur Niederschlagung der Arbeiterschaft, geschützt werden soll, durch dieses Gesetz.

Neu ist, daß die Arbeiter, auch der KPD., ihre proletarische Pflichtvergessenheit so weit treiben, mit den Gewerkschaften, den Henkern ihrer Klasse, eine Einheitsfront gegen die Arbeiter bilden, die gegen den Selbstmord der Arbeiter als Klasse kämpfen. Und dies alles nach den blutigen Erfahrungen der „großen Zeit" und des „marschierenden Sozialismus" in der sogenannten deutschen Revolution. Neu ist, daß eine historische berufene Klasse, das Proletariat, ihrem Ziele, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen näher zu kommen wähnt, indem sie die Privilegien ihres Klassenfeindes mit einem Eifer schützt, der einfach nicht zu überbieten ist, und dann noch über Schläge jammert die sie sich selbst versetzt.

Das revolutionäre Proletariat darf sich keinerlei Illusionen hingeben. Die Bourgeoisie geht aufs Ganze. Aber sie wird trotzalledem die stampfende Maschinerie ihrer Profitwirtschaft nicht meistern, wird die Rebellion der Sklaven nicht verhindern können. Die Dialektik der kommenden Ereignisse wird auch die verbohrtesten Schädel klar werden lassen, ihnen begreiflich machen, daß nur der organisierte Sturm aus den Fabriken, getragen von der Klassenorganisation der Arbeiter in den Betrieben, den Untergang des Proletariats als Klasse abwehren, und den Aufstieg der Arbeiterklasse und damit der Menschheit sichern kann — durch die proletarische Revolution. Dafür gilt es zu arbeiten, gleich viel, wie viel Gesetze die Profitrepublik ausbrüten mag zu ihrem Schutz. Letzten Endes wird die ordinäre Schamlosigkeit der Bourgeoisie und ihrer Lakaien selbst den Proleten den Ekel aufsteigen lassen die in der stinkenden Korruption einer bankerotten Gesellschaftsordnung einen „Fortschritt" sehen, weil die maßgebenden Korruptlinge ihre Führer sind.